

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Ffpr.: Nordsee 8246. Postfch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 25. April 1931** Nummer 17

Arbeiter, Angestellte!

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Proletarier aller Länder, fällt in diesem Jahre in eine Zeit der größten Bedrängnis. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor. Mit ihr wuchs die Unsicherheit der Existenz für alle auch in Arbeit Stehenden; denn keiner weiß, wann ihn das Schicksal in die Reihen der Erwerbslosen stößt. Daneben wirken sich all die sonstigen Begleiterscheinungen der Krise aus. Die Löhne werden gedrückt, an der Sozialversicherung wird gerüttelt. Vieles von dem, was gefestigt schien, wird von den Unternehmern unterminiert, die wie immer solche kritische Zeiten ausnützen.

Wäre der 1. Mai ein Feiertag wie so viele andere, dann könnte gefragt werden, ob es sich lohne, ihn in einer solchen Zeit zu feiern. Aber der 1. Mai ist ein Kampftag und wird es bleiben. Als die Arbeitszeit noch endlos lang war, da demonstrierten die Arbeiter für den Achtstundentag. Es war ein Kampfstraf; den anfangs nur wenige ausstießen, die verlacht und verhöhnt wurden. Aber ihre Zahl wuchs, und mit ihnen wuchsen ihre Erfolge. Heute ist

der Achtstundentag überall grundsätzlich auch vom Gesetzgeber anerkannt.

Und wenn neben dem Achtstundentag am 1. Mai seit jeher der Ausbau des Arbeiterschutzes, der Sozialgesetzgebung gefordert wurde: heute haben alle Länder auch darin große Fortschritte gemacht. Uns geht das alles nicht weit genug, den Unternehmern geht es zu weit; darum ihr Kampf gegen alles, was errungen wurde.

Heute, in dieser schweren Zeit, hat der 1. Mai erhöhte Bedeutung. Wenn wir auch in die Verteidigungsstellung gedrängt sind, wir nehmen den Kampf auf.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen im Malergewerbe

Die erste Lohnabbauwelle Ende des vorigen Jahres brachte Lohnkürzungen von 4 bis 6%. Seit Monaten rast die Lohnabbauwelle wieder durch Deutschland, keine Industrie, kein Handwerk verschonend. Das ist jetzt unter dem Schutze der Reichsregierung Mode geworden, und die muß von oben herab bis zu den Kleingewerben mitgemacht werden. Aber das Unternehmertum gibt sich jetzt nicht mehr mit niedrigen Lohnkürzungen zufrieden; es ist in den Geschmach gekommen und steigert fortgesetzt seine Ansprüche auf weitere erhöhte Lohnkürzungen. Das ist ein unverantwortliches Spiel. Und mit einer solchen wirtschaftlichen Schindluderei glaubt man die deutsche Wirtschaft wieder ankurbeln zu können. Es scheint, als ob die Reichsregierung von allen guten Geistern verlassen ist, in dem sie die rechtzeitig warnenden Stimmen von den Gewerkschaften unbeachtet läßt, die darauf hinwiesen, daß statt einer Belebung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung weiter steigen wird und die Unsicherheit der Existenz der Massen, die ungeheure Not der Arbeitslosen bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden sind.

Unsere Lohnverhandlungen für das Reichstarifgebiet fanden vom 8. bis 11. April im Reichswirtschaftsrat statt. Die Forderung unserer Verhandlungskommission war: 40-stündige Arbeitswoche zu den bestehenden Löhnen. Die Vertreter des Reichsbundes beantragten: In den einzelnen Landesteilen sollen die Tariflöhne auf die Höhe von 1925 gebracht werden. Im Laufe der mehrtägigen, überaus schwierigen Verhandlungen kristallisierte sich der Antrag auf einen Lohnabbau von 30%. Unter diesen Verhältnissen war auch der Versuch, ohne Anparteiischen auf eine erträgliche Linie zu kommen, schon am zweiten Tag als völlig aussichtslos aufgegeben worden.

Hätten unsere Kollegen in Anbetracht der anhaltenden ungeheuren Arbeitslosigkeit noch etwas Hoffnung, bei

der Frage der Arbeitszeitverkürzung auf ein Entgegenkommen der Gegenpartei rechnen zu dürfen, so zeigte sich nach stundenlangem Rededuell, daß selbst bei diesem Punkt, trotzdem für 65% der Gehilfenschaft keine Arbeit vorhanden ist und eine Reihe von Malergeschäften die verkürzte Arbeitszeit durchführte, keine freie Vereinbarung getroffen werden konnte. Die Arbeitgebervertreter gaben zu, daß es ein idealer Zustand wäre, alle Gehilfen wieder in Arbeit zu bringen, aber es sei keine Arbeit da, weil die Löhne zu hochgetrieben worden wären und aus diesem Grunde die Privatkundschaft und auch die Industrie mit ihren Aufträgen zurückhalte. Der gültige Tarif habe die 48stündige Arbeitszeit festgelegt, daran dürfe nicht gerüttelt werden. Durch weitere Verkürzung würden die Geschäftskosten bedeutend erhöht, abgesehen von den sozialen Beiträgen, die die Geschäfte belasten. Die Meister bräuchten den Achtstundentag des Verdienstes wegen. Die kleinen Betriebe kümmernten sich überhaupt nicht um eine festgelegte Arbeitszeit, darum müßte der Gehilfenantrag zurückgewiesen werden. Wäre eine gute Konjunktur, wäre der Frage der Arbeitszeitverkürzung näherzutreten, nicht aber, wenn zu wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft würde bestimmt eine Erleichterung bringen.

Alle diese von früheren Verhandlungen her bekannten Gründe zurückzuweisen, die wirklichen Ursachen der Wirtschaftskrise klarzulegen, war für unsere Vertreter schon deshalb eine undankbare Aufgabe, weil sie bei der Gegenseite in keiner Weise Verständnis fand. Die bekannte Parole der Großindustrie: „Jede Verkürzung der Arbeitszeit muß abgelehnt werden“, war für die Arbeitgeber Befehl. Auch der eindringliche Appell unseres Kollegen, daß am Schluß der langen Auseinandersetzung an das Verständnis der Arbeitgeber als Fachleute, daß das Reichstarifamt unter den gegebenen schwierigen Umständen zum Ausdruck bringen müsse, daß

und nicht nur das, wir stecken dabei neue Ziele. Es geht nicht mehr um den Achtstundentag. Er genügt nicht mehr.

Die 40-Stunden- oder die 5-Tage-Woche ist es,

die wir heute fordern und der unser gewerkschaftlicher und unser politischer Kampf gilt. Unsere Arbeitsbrüder müssen von der Straße weg in die Betriebe. Arbeitsgelegenheit gilt es zu schaffen, und da gibt es kein Mittel, das so rasch wirkt wie die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum unsere neue Losung, die am 1. Mai von der gesamten Arbeiterschaft aufgegriffen werden muß. Dafür demonstrieren wir. Und den Unternehmern und allen, die ihnen folgen wollen, rufen wir am 1. Mai mit allem Nachdruck zu:

Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialgesetzgebung

Die Zeiten sind für alle Arbeitenden zu ernst, als daß an den Einrichtungen gerüttelt werden könnte, die ihnen Schutz und Rückhalt bieten. Wir leben nicht mehr im alten Obrigkeits- und Militärstaat. Soziale Gerechtigkeit ist jetzt das Fundament des Staates. Und so sagen wir auch in diesem Jahre: Der neue Staat muß sozial sein, oder er wird nicht sein.

Eine neue Lösung bedeutet neue Kämpfe. Mit Erfolg kann die Arbeiterschaft nur kämpfen, wenn sie einig und geschlossen ist. Deshalb stärkt und festigt eure Reihen! Hinein in die Verbände, hinein in die Gewerkschaft! Proletarier, vereint euch! In diesem Zeichen werdet ihr siegen.

Hoch der 1. Mai!

Demonstriert! Folgt dabei den von den zuständigen örtlichen Stellen gegebenen Anweisungen!

für das Malergewerbe eine Arbeitszeitverkürzung unumgänglich notwendig sei, daß die Meister von sich aus dazu beitragen sollten, den monatelang arbeitslosen Gehilfen zu helfen, konnte die Arbeitgeber nicht von ihrem ablehnenden Standpunkt abbringen. Dennoch wird bei den Abschlußverhandlungen am 22. April unsere Forderungen wieder gestellt werden.

Zur Begründung der Forderung der Arbeitgeber auf einen erheblichen Lohnabbau wurden gleichfalls die fassam bekannten Schlagworte herangeholt, die unsern Kollegen aus den Berichten über die Verhandlungen aus andern Gewerbe- und Industriegruppen wohlbekannt sind. Wie im Baugewerbe seien auch im Malergewerbe die Löhne überfesselt; das ganze Schlamassel, in dem wir uns befänden, rühre von den zu hohen Löhnen her. Von der Rundschau werde immer versichert, daß sie keine Arbeiten ausführen lasse, so lange nicht ein starker Lohnabbau erfolgt sei. Der Abbau der Löhne um 30% entspreche dem derzeitigen Reichsindex für Lebenshaltung. Bieleorts hätten sich die Gehilfen freiwillig weit unter dem Tariflohn angeboten, ja, ein Teil der Meister vertrete den Standpunkt, eine tariflose Zeit eintreten zu lassen, da jetzt genügend Arbeitskräfte zu den billigsten Löhnen zu bekommen seien. Der Reichsbund stehe dagegen nach wie vor in seiner Mehrheit auf dem Boden des Tarifvertrages, aber im Augenblick sei die Lage so, daß keine Besserung zu erwarten sei, solange nicht ein starker Abbau der Löhne erfolgt sei, das heißt auf den Stand von 1925 zurückgebracht werde. Die Meister erwarten diese Berücksichtigung im Schiedspruch, was dann dazu beitrage, das gesamte Gewerbe zu fördern.

So ruhig auch und gemessen diese Begründung zum Vortrag kam, jeder unserer Vertreter bei diesen so schwerwiegenden Verhandlungen erkannte sofort, wohin der Weg führte und worauf es den Arbeitgebern in erster Linie ankam: Die furchtbare Wirtschaftslage bringt das Unternehmertum in eine günstige Anwartsstellung, und diese muß rücksichtslos gegen die Arbeiter

ausgenutzt werden! Von dieser Warte aus daher überall das gleiche Vorgehen. Aber ebenso klar und eindeutig war demgegenüber die Stellungnahme unserer Kollegen bei der Begründung unserer Forderung auf Verlängerung der bestehenden Löhne um ein weiteres Jahr. Kollege Bag gab sofort die Erklärung ab, daß auf dieser Basis an eine Einigung nicht zu denken sei. Unsere Berufskollegen haben unter der Arbeitslosigkeit mit am schlimmsten zu leiden, über 50 % hatten im Vorjahre nicht einmal Gelegenheit 26 Wochen arbeiten zu können und sich die Anwartschaft auf Arbeitslosenversicherung zu sichern, und nun sollen sie durch einen so un sinnigen Lohnabbau noch extra bestraft werden. Wir wünschen keine tariflose Zeit, aber wir fürchten sie auch nicht, wenn wir dazu auf Kosten unserer Mitglieder gezwungen werden sollen, daß unser ganzes Gewerbe und seine Berufsangehörigen schwer unter der Krise zu leiden haben, ist uns allen bekannt; dennoch müßte bestritten werden, daß sich viele Gehilfen unter dem Druck der Not unter Tarif anbieten sollen. Den gegenwärtigen Lebenshaltungsindex können wir nicht als ausreichenden Maßstab zur Beurteilung ausreichender Stundenlöhne anerkennen. Das wurde immer wieder von unsern Kollegen dargelegt, weil die Grundlagen der Berechnung veraltet und wichtige Ausgaben, die Kollege Bag sehr treffend bis ins einzelne detaillierte, gar nicht berücksichtigt werden. So lange diese Punkte nicht in den Index aufgenommen werden, muß es als eine Täuschung bezeichnet werden, Stundenlöhne auf den Index aufzubauen. Im übrigen dürfte nicht der Stundenlohn beim Vergleich zwischen Löhne und Index maßgebend sein, sondern das Jahres einkommen. Wie tief dieses in den letzten beiden Jahren gesunken, konnte er zahlenmäßig aus der neuesten Erhebung unseres Verbandes nachweisen. Es sei ein Trugschluß, daß bei niedrigen Löhnen mehr Arbeit vorhanden sei, die Tatsachen sprechen anders. Seit den letzten Jahren habe man immer mehr die über tariflichen Löhne stark abgebaut. Mit einem Lohnabbau unser Gewerbe fördern zu können, sei ein verfehltes Beginnen, wie es auch erfolglos sei, den unterbietenden Kleinmeistern auf diesem Wege Konkurrenz zu bieten. Was dazu beigetragen, die Arbeitsmöglichkeiten im Malergewerbe so einzuschränken, liege nicht an der Zwangswirtschaft, da spielen andere Faktoren und Hemmnisse eine große Rolle.

Die weiteren Verhandlungen unter der Leitung des Herrn Unparteiischen Dr. Dabberstein spielten sich im engen Rahmen des Reichstarifamts und zwischen den einzelnen Parteien ab. Es war ein aufreibendes, schwieriges Ringen unserer Verhandlungskommission um die Abwehr von die Lebenshaltung der Kollegenschaft so schwer schädigenden Lohnkürzungen der Arbeitgeber. Wenn es nicht gelang, die un sinnig hochgestellte Lohnkürzung noch weiter herabzudrücken, dann lag dies an dem tiefen Eigensinn der Unternehmervertreter, die alle Argumente in den Wind schlugen. Mögen aber unsere Kollegen nicht vergessen, was geschehen wäre, wenn sie ohne Organisation oder mit schwachen Kräften vor eine solche schwierige Situation gestellt worden wären.

Darum Mut und Vertrauen zum Verband, das ist das wichtigste Gebot in diesen Zeiten. Schließt enger die Reihen, in der Zuversicht, daß auch wieder andere Zeiten kommen!

Am Sonntag, 19. April, nahm der Verbandsbeirat Stellung zum Ergebnis der Lohnverhandlungen. Nach einem die Materie erschöpfend behandelnden Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bag, und gründlicher Aussprache wurde die hier folgende Entschlie ßung einstimmig angenommen:

Entschlie ßung des Verbandsbeirats

Der am 19. April in Hannover tagende Beirat des Verbandes der Maler nimmt von dem Ergebnis der vom 8. bis 11. April in Berlin stattgefundenen zentralen Lohnverhandlungen und dem am 11. April gefällten vorläufigen Schiedspruch Kenntnis. Der Beirat ist einstimmig der Auffassung, daß der materielle Inhalt des Schiedspruches den allgemeinen wirtschaftlichen wie den besonderen Verhältnissen der Kollegenschaft nicht entspricht.

Der Beirat sieht sich daher veranlaßt, den Schiedspruch abzulehnen. Die Verhandlungskommission, die das volle Vertrauen des Beirats hat, wird beauftragt, in den am 22. April beginnenden endgültigen Lohnverhandlungen mit aller Entschiedenheit auf einen Schiedspruch hinzuwirken, der den berechtigten Interessen unserer Kollegenschaft sowohl in bezug auf die Lohnhöhe als auch auf die Arbeitszeit Rechnung trägt.

Trotz alledem 1. Mai

Die Arbeiterbewegung ist in den Jahrzehnten ihres Bestehens, in dem stets wiederkehrenden Auf und Ab des Kampfes, durch Höhen und Niederungen gegangen.

Als wir im Vorjahre auf die 40. Wiederkehr der Maifeier zurückblicken konnten, wußten alle, die mit etwas Scharfblick die Machtverhältnisse betrachteten, daß die arbeitende Bevölkerung vor schweren Kämpfen um die Erhaltung ihres Existenzminimums stand. Von allen Seiten kündigte man den Abbau der Löhne und Gehälter an. Überall wollte man an denjenigen Ausgaben sparen, die das ungeeignetste Objekt zu solchem Versuch darstellen.

In politischer Beziehung kam diese Situation, welche hieß: Kampf der Arbeiterschaft und ihren Organisationen, klar zum Ausdruck in dem Ergebnis der Wahlen zum Reichsparlament und einigen Landesparlamenten.

Der Phrasenschwall der sonderbaren „Helden vom Satenkreuz“ konnte die deutsche Wählerschaft, die sonst so stolz auf ihre Intelligenz ist, betören. Die Feinde des Fortschritts wurden zu einer Gefahr, die zu bannen die Aufgabe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war.

Wieder stürmten die fanatischen Margiften (KPD.) und die Lakaien der Kapitalisten (Nazis) gegen die den republikanischen Staat erhalten wollenden Parteien ein. Die Staatsform, die allein dem Volk das Mitbestimmungsrecht garantiert, sollte fallen, sie sollte einer Form weichen, in der einige wenige über Wohl und Wehe der Allgemeinheit entscheiden.

Immer dunklere Wolken türmen sich auf. Die Bewilligung des Budgets, des Panzerkreuzers, sind der Anlaß, die Politik der republikanischen Parteien als faschistische Politik zu bezeichnen. Wäre wirklich Faschismus der Herrscher Deutschlands, dann gäbe es keine Möglichkeit mehr, die Meinung in Wort und Schrift freizusprechen. Alle abweichenden Bestrebungen würden unterdrückt. Das Geschrei, wir seien die Wegbereiter zum Faschismus, ist eitel Torheit. Gerade, weil der Faschismus nicht zur Herrschaft kommen soll, müssen alle Republikaner die Freiheit der Meinung erhalten.

Die wirtschaftliche Lage des Proletariats ist in allen Ländern der Welt die denkbar traurigste. Dem deutschen Proletarier mutet man zu, sich die ohnehin farge Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit nehmen zu lassen. Den in Arbeit stehenden Arbeitern kürzt man den Lohn, der nie das Existenzminimum überschritt.

Zuerst ging man daran, den in fester Position sich befindlichen Staatsbürgern die Bezüge zu kürzen; als das gelungen war, wagte man sich an die übrigen Gruppen. Als man daran ging, die Frage des Preisabbaues zu erörtern, waren auch in unsern Reihen Ungläubige genug,

die zweifelten, daß diese Aktion durchführbar sei. Heute sehen wir, daß der Abbau der zum Leben nötigen Gebrauchsgüter bereits gescheitert ist.

Millionen von Männern und Frauen jeden Alters warten darauf, endlich wieder in die Arme der werkschaffenden Kräfte eingereiht zu werden. Sie werden lange vergeblich warten müssen, wenn nicht die Solidarität ihrer noch in Arbeit stehenden Arbeitsbrüder und -Schwestern sie in die Betriebe hineinläßt.

Darum ergeht der Ruf: Verkürzt die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, gebt den noch Arbeitsfähigen wieder den Mut und die Kraft zum Leben, nehmt sie auf in die Betriebe!

Ein gewaltiges Weben durchdringt alle Kulturländer. Der Körper des riesen Kapitalismus verfallt von einem Fieberzustand in den andern. Aber noch lange nicht ist er am Ende seiner Kraft. Noch Jahr um Jahr wird vergehen, noch Mensch um Mensch wird zerschellen, bevor dieser Riese, dieses Ungeheuer sich ablösen läßt.

Man mag uns nicht einen Verräter unserer Grundsätze nennen. Sind denn Grundsätze der Arbeiterbewegung etwa die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft? Sind unsere Grundsätze nicht gewonnen aus der Beobachtung dieser Gesetze? Sollen wir uns etwa Illusionen hingeben oder mit kraftvollen Worten das Elend im Kapitalismus übertönen? Wenn wir uns noch so sehr eifern, an der Entwicklung, die am Schluß im Sozialismus münden wird, läßt sich nichts ändern.

Wir müssen aus der immer neu wieder erwachenden Kraft der bestehenden Wirtschaft den einzigen Schluß ziehen, uns zusammenzuschließen. Jede Verschlechterung, jeder abwärts der Arbeiterorganisation stehende werttätige Mensch ist ein Hemmnis zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft.

Nachdem wir diese Erkenntnis gewonnen haben, kommen wir zu dem Entschluß, daß auch am heurigen 1. Mai trotz Arbeitslosigkeit, trotz Lohnabbau, trotz Naziterror immer wieder der Wille der Arbeiterschaft vorhanden sein muß, für die 40stündige Arbeitswoche, für Erweiterung der Arbeiterschutzbestimmungen, für den Frauen- und Jugendschutz sich einzusetzen.

Wir wollen am 1. Mai erneut geloben, alle Kräfte anzuspannen, um unsern Arbeitsbrüdern zu helfen. Wir wollen kämpfen für ein besseres Menschentum, für die Beseitigung des Unrechts, das durch die bestehende Ordnung verursacht wird.

Darum mehr denn je: Erhaltung der Staatsbürgerrechte, her mit der 40-Stunden-Woche fort mit dem Lohnabbau, Schutz aller schaffenden Arbeitskraft!

Die Zahl der Großaktionäre wächst

In der Hitze des politischen Gefechtes, das gegenwärtig in Deutschland zwischen den Gegnern und den Anhängern des demokratischen Staates tobt, wird meistens übersehen, daß es neben der Staatsverfassung auch noch eine Wirtschaftsverfassung gibt. Ja, wir erleben vielfach das groteske Schauspiel, daß gerade die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung — die proletarischen Mittelständler — ihre Verzweiflungswut gegen das politische System richten, während das wirtschaftliche Regime die eigentliche Ursache ihrer bebrängten Lage ist. Tausende und aber Tausende verarmte Mittelständler und Kleinbürger können es immer noch nicht fassen, daß die Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebes und der Siegeszug der Großunternehmen zwangsläufig den Ruin für viele selbständige Existenzen bedeutet. Ein anschauliches Beispiel, wie sehr, in welchem Umfange und Tempo die kapitalistische Wirtschaftsverfassung sich dauernd ändert, gibt uns nämlich die neueste Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die Konzentration des deutschen Aktienkapitals.

Lassen wir zunächst einige Tatsachen sprechen: Nach den reichsamtslichen Erhebungen bestanden Ende des

Freie Gesellen

Die Lerche jubelt in schwindelnder Höh', hoch über den Wiesen und Feldern:
Türi li, türi la, türi la, la, la, la.
Ich bin doch der freieste Vogel, ha, ha, wer wollte mit mir sich vergleichen?

Da lauſchte ein Wandrer, ein Handwerksgeſell, den lustigen, fröhlichen Weisen.
Türi li, türi la, türi la, la, la, la.
Auch ich bin ein glücklicher Vogel, ha, ha, bin frei wie die Wolken am Himmel.

Da hörte ein Bauer den jubelnden Ruf der beiden so frohen Gesellen.
Türi li, türi la, türi la, la, la, la.
Ihr seid doch nur Lagedieb' und Faulpelz', ha, ha, Es gibt nichts, was ihr nennt: mein eigen.

Da lachten die lustigen Säger gar laut, und sind wir auch nur Vagabunden!
Türi li, türi la, türi la, la, la, la.
Wir tanzen mit dir nicht, Herr Bauer, ha, ha, die Freiheit ist höchstes Vermögen.

Jugend

Hast du die Jugend, so hast du die Zukunft! und die Zukunft liegt auf dem Wasser. Und das Wasser hat keine Flügel. Und was ist es auch. Und da mußt du klendriglich verhalten, wenn du kein Paddelboot unter dem Hintern hast, wenn es nicht gefroren ist, das Wasser nämlich.

Also, dann, daher und deswegen ist das mit der Jugend ein ganz eigenartiges Ding, ein Problem, ein philosophisches und weltanschauliches genau so wie Vitamine, das Ersatzmittel für Eisen und Zink, wo in der Notoerordnung noch fehlt.

Frauen und Mütter halten es bekanntlich sehr mit der Jugend. Sie halten sämtliche nur irgendwie freierwerbenden und erreichbaren Händchen über unsere Nachkommen, doch soll es vorkommen, daß sie davon abkommen und darauf zukommen mit niedergeschlagenem Augenaufschlag der Jugend Unausstehlichkeit einzugestehen.

Menschen männlichen Geschlechts sehen sich die Früchte ihrer Arbeit mit oft sehr gemischten Gefühlen an. Abgesehen, daß das Ansehen der Familie durch das intelligente Aussehen und erkennbare Einsehen der Sprößlinge, was man als Jugend bezeichnen muß, zusehends steigt oder fällt, machen sich doch hinwiederum sonst nicht in den Möglichkeitsbereich gezogene oder gehobene Zuschläge und Abschläge dringend notwendig.

Lehrer und Handwerksmeister, die mit dem bekannten goldenen Boden, ergehen sich aber in den lobendsten und ausdrücklichsten Ehrenbezeugungen über das zukünftige Handwerk und beweisen damit unzweideutig die so oft bestrittene Abstammung der Menschheit.

Dieserwegen ist die Jugend ein Naturschutzgebiet, das zu beschädigen durch die Krankenkasse ausdrücklich verboten ist.

Mein ziemlich guter Freund Franzl aus Schwabing, dem größten Vorort Bayerns, das in der Nähe von Europa liegt, hat sich das Problem der Jugend zur Lebensaufgabe gestellt. Zehn Jahre schon beachert er den feinsten Boden des männlichen, noch nicht flaumbehaarten Zukunftsgeschlechts. Körperlich und geistig ist er mit der quacksilbrigen Gesellschaft derart verwachsen, daß es vorgekommen ist, daß ihn die Meister von der Prüfungskommission irtümlicherweise als Lehrling anlahen. Einer dieser Examinatoren fragte ihn vor kurzem, wie lange er denn schon lerne und ob er schon einmal einen Strich gezogen habe und ja. Worauf er höchst zweideutig die Antwort nicht schuldig blieb, indem er erwiderte: „Schauens, moanchs Rindviech lernts nimmer. Dös dürtens doch halt scho oam oagne Loab derfoahrn hobn.“

Also dieser, mein guter Franzl, hat mir in einer durstigen Stunde in völlig einwandfreier Weise das Rätsel Jugend folgendermaßen auseinanderposamentiert.

„Woast du Hammel, bu gherter, oggendli, woast Juagend joan tuat? Do geh her un spert doane Ohr-wascheln, doane brecketen oaf, döß i dir soag, woast un von wegen moan döß junge Gstrüpp Juagend woast und woast es unner oahnständige — Mirzl, a Maß — un gestittete Menschen bedaiten tuat.“

„Juagend is“, hub er nach einem kräftigen Schluck von neuem an, und dabei packte er mich beim obersten Knöpfel meiner Westen, döß sowies immer adreißt, weil der Kreuztützentzwirn nie taugt.

„Juagend is allweil wie a Leaberknöbl. Woast su a leckeres, su a würzigs in dera Suppn, un wann du dir's oantfeda wuillst, do ruatschs Luada außi un lauff übers Tischtüchl aabi und folt dera Frau Noachborin außs leidne Gwandl.“

„Juagend is wie a Schweinsbrat, su a guats leckeres, su guat schmectets, su a knusprigs, döß dir's Woasser im Maul zammloast, un woans gessen wern sull, do seint lauta Knocherl un die Himmiherrgottsacramentsmessa schnoaden nie.“

„Juagend is wie a fuine Soast, su a duftende, leckere Schwuansbratsoast, woast su a vom Herrgottl abigschickte, su a blizhaubere Soast is döß, und a Tropferl von dera Soast hot si eans Schnauzbarthl ghängt un loast do wie a Regentropferl oam Telephonbratthl oaf und abi, schaugt si noch oan schön Plasl af Doanem extra fuin gestärkten Rohbrettl um un doann fallts mit oan Juagzer abi un dei neumodischs Dachtel Daberhemdl is futschitatu.“

„Juagend is wie a Glaserl, Herrgott hoab ich an Durst, woast su a fuins geschlifnes mit an Guldrandl dra, foa Moastkrug! — Mirzl, noch a Maß — na, su a seints dünnis, su a blinfetes, wo dei Frazerl in volle Foarbn derschauun fast, ja su a Glaserl is döß, un döß klingat su wuinderfuill wie uns Glock an der Frauen-“

vorigen Jahres in Deutschland 10 970 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 24,1 Milliarden Mark.

Table with 4 columns: Anzahl der Aktiengesellschaften (absolut u. v.), Größe des Kapitals (absolut u. v. in Milliarden Mark). Rows: Kleine AG, Mittlere, Größere, zusammen 10 970.

Wie diese Gegenüberstellung zeigt, sind die meisten Aktiengesellschaften zu der Kategorie „Kleine Aktiengesellschaften“ zu zählen, weil hierauf 59 % entfallen.

In welcher Weise in den letzten Jahren dieser Konzentrationsprozess Fortschritte gemacht hat, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1925 auf eine Aktiengesellschaft noch ein Durchschnittskapital von 1,4 Millionen, im Jahre 1930 aber ein solches von 2,2 Millionen entfiel.

Table with 2 columns: Gesamtzahl der deutschen Aktiengesellschaften, Gesamtes Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften. Rows: 1925, 1930.

In einem Zeitraum von fünf Jahren sehen wir demnach eine Verminderung der Aktiengesellschaften um 2040, während das Aktienkapital gleichzeitig um über 5 Milliarden Mark erhöht wurde.

Table with 2 columns: Unternehmen, Kapital in Millionen Mark. Lists companies like I. G. Farbenindustrie AG, Vereinigte Stahlwerke AG, etc.

Welche Schlussfolgerungen und Lehren ergeben sich aus diesem Siegeszug der Großunternehmen? Zunächst ein Merkmal: Die wirtschaftliche Verfügungsgewalt konzentriert sich immer mehr.

Kirchen, un weiß su gar vuill schön klinga tuat, laßt ma's noch a mal klinga, un do klingts a wiader, ober nimmer su schön, un do solln die Scherben runner, bei Hojn is gar vuill naß un in die Fingerl haßt di gschnitten a.

Jugend is — Dank schön Mirzl — wie a Moascherl Bier, dös schäumt un äißt, sua ausgeschäumt un du täßt di oam liebsten glei drin verlaufen, ollweil wiest lußt un fidel un ollweil kriagst an Mordsrausch, un doann lasse se di nimmer mit saußn un aufsigsmiße wirft a.

Al, schmeckt dös guat, Mirzl, noch a Starzbier. Woascht, Jugend is sugar wie a Moascherl Starzbier. Su vuil freindli lachts dia an, so vuil guat tuats schmeck un sua gar vuil lußt wiest, ia, un sua jung un fröhli wiest da un springa tuast wiea dem Leift sei Groasmuatta, un a Rauscherl kriagst, su a jungs lustigs Rauscherl, un dann leids di nimma un da laufft, gschwind zu dera Jugend un huols der Leift, dös su gar vuil junge Jugendl, die Nimmißakramenta, sißa mit eahne drei Quartel, eh i moan halt mit eahre drei Wochehl, wos af dera schöne Welt dös sein tuan, gravitāti beifamm, un wos glaubst wos tuan, sie feiern a Jubiläum. Glei aus dera Haut kunnts sohn un di donebn setzn a.

Tieffinnig sah ich da. Also dös war Jugend. Was zu freffen un zu saußn is dös. Dös kunnt i a beim besten Willn auf einmal net freßn.

Auß höchste verwundert von so viel ein- und verschüttetem Geißt schaugt i auf mei Westen, auf diese Stell, wo vor oan Stundl noch sua gar vuil schöns Knöpfert gesehn is. Es war jedenfalls aus Bewunderung mit wuan guten Franzl Jubiläum feiern gangen.

In so möcht i mir freindlichst die bscheidene Frag eans hochverehrte Publikum verlaubn:

Is wuillt'zt moa Knöpfert von dera Westen, su a jungs, fröhlichs, blizlaudres un loachetes Knöpfert, sua wie i, leicht mit moan guten Franzl hier herinnen un seiert's leicht a mit Jubiläum?

Dös wär oaba a Gaudi! Der Quicßpinsel.

Klassenkampf ist Schöpferfreude

Nur dann kann Neues und Besseres werden, wenn der Mensch das Alte als Schlechtes erkennt und bekämpft.

Und es zeigt sich ja gerade heute in solcher Fülle, in solcher Rohheit und Grausamkeit. Ueber Leichen geht diese Wirtschaftsordnung des Kapitalismus.

Es ist kaum begreiflich, daß es dennoch schaffende Menschen gibt, die diese soziale Rohheit des Lebens am eigenen Leibe verspüren, täglich, und doch nicht die Spur dieses sittlichen Hasses gegen das Schlechte verspüren.

Dennoch sind sie alle berufen, teilzunehmen an dem großen Befreiungskampfe des schaffenden Volkes.

Wer den Klassenkampf nur als zerfessend betrachtet, der sieht ihn in seiner letzten Bedeutung nicht.

Nur wer in der Tiefe seiner Seele aufgerüttelt wird von dem Unrecht, legt in sich den Keim für das Neue frei.

Daß die Bewegung der Schaffenden den Klassenkampf von vornherein als Weg zum Ziel gemiefen, das gab ihr die wühlende Kraft.

Es mag gruselig klingen und manchem ungemütlich sein: nur im bewußten Kampfe der Klasse ruhen die Schöpferwerte des Neuen.

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Demokratisierung der Wirtschaft, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird daher zur unabwendbaren Pflicht.

Die katastrophale Arbeitslosigkeit in den großen Industriestaaten ist noch nicht oder nur unwesentlich zurückgegangen.

Internationale soziale Bewegung Arbeitslosigkeit und Lohnabbau.

Die katastrophale Arbeitslosigkeit in den großen Industriestaaten ist noch nicht oder nur unwesentlich zurückgegangen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise machen sich bei längerer Dauer in verschärfter Weise im Lebenshaltungsniveau der Arbeiterschaft bemerkbar.

Auch in England hat sich die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich verringert. Durch die Politik der englischen Regierung blieb jedoch das Lohnniveau einigermaßen erhalten.

Die Senkung der Löhne im Kohlenbergbau wird seitens der Arbeitgeber begründet mit der Senkung des Lohn-

niveaus der Bergarbeiter in Deutschland, Frankreich und Belgien. Der englische Bergbauminister Shinwell war Ende März in Berlin, um mit dem deutschen Reichsarbeitsminister die internationale Regelung der Kohlenproduktion, insbesondere die Regelung der Arbeitszeit, durchzusprechen.

Wenn festgestellt wurde, daß in England und in Amerika das Lohnniveau der Arbeiterschaft infolge der Wirtschaftskrise nur in verhältnismäßig geringem Ausmaß gekürzt wurde, so ist neben Deutschland in Italien das Lohnniveau sehr stark gesunken worden.

Die Beschäftigungsmöglichkeit der polnischen Industrie hat infolge der Weltwirtschaftskrise ebenfalls stark nachgelassen. In der Textilindustrie, der das frühere Hinterland Rußland fehlt, wird in den meisten Betrieben, soweit sie nicht stillgelegt sind, verkürzt gearbeitet.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Ausschusssitzung für den 27. und 29. April in Madrid anberaumt, auf der die Diskussion für Maßnahmen und Richtlinien im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stehen.

Die der Reichsregierung überreichten Vorschläge der Gutachterkommission beschäftigen sich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Doppelverdienner, der Beschäftigung von verheirateten Beamtinnen und der Besetzung von Arbeitsplätzen unter sozialen Gesichtspunkten.

Die Gutachterkommission empfiehlt, daß, wenn die Regierung die Herabsetzung der Arbeitszeit anordnet, die Bestimmungen der Tarifverträge mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung erlöschen, soweit sie dieser Anordnung widersprechen.

Die Vorschläge der Gutachterkommission beschäftigen sich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Doppelverdienner, der Beschäftigung von verheirateten Beamtinnen und der Besetzung von Arbeitsplätzen unter sozialen Gesichtspunkten.

Die Vorschläge der Gutachterkommission beschäftigen sich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Doppelverdienner, der Beschäftigung von verheirateten Beamtinnen und der Besetzung von Arbeitsplätzen unter sozialen Gesichtspunkten.

Die Vorschläge der Gutachterkommission

Die der Reichsregierung überreichten Vorschläge der Gutachterkommission beschäftigen sich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Doppelverdienner, der Beschäftigung von verheirateten Beamtinnen und der Besetzung von Arbeitsplätzen unter sozialen Gesichtspunkten.

Die Gutachterkommission empfiehlt, daß, wenn die Regierung die Herabsetzung der Arbeitszeit anordnet, die Bestimmungen der Tarifverträge mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung erlöschen, soweit sie dieser Anordnung widersprechen.

der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 vorgesehene Mindeststrafe für vorsätzliche Ueberschreitung der Arbeitszeit soll auf 50 % erhöht werden. Die Absätze 2 bis 4 des § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 sollen durch folgende Vorschrift ersetzt werden: Als angemessene Vergütung gilt ein Viertel des auf die Mehrarbeit entfallenden Grundlohnes, wenn die Beteiligten keine höhere Vergütung vereinbart haben. Der Anspruch des Arbeitnehmers auf eine zusätzliche Vergütung für die Mehrarbeit wird auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen.

Sichtlich der Frage der Doppelverdiener wird empfohlen, Behörden usw. zu verpflichten, bei ihren Beamten und Dauerangestellten die Genehmigung auf mit Entgelt verbundener Nebenbeschäftigung unverzüglich zu widerrufen. Dabei sollen falsche Angaben der Betroffenen disziplinarische Maßnahmen zur Folge haben. Bei Neuanträgen soll geprüft werden, ob die entgeltliche Nebenbeschäftigung mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes verantwortet werden kann. Auch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften sollen angehalten werden, in der Frage der Doppelverdiener nach den gleichen Grundsätzen wie die Behörden zu verfahren. Dagegen hat der Vorschlag, für die privaten Betriebe gesetzliche Vorzüge zu treffen, daß von Arbeitnehmern, die von mehreren Arbeitgebern beschäftigt werden, die regelmäßige Arbeitszeit von acht Stunden nicht überschritten wird, in der Arbeitsbeschaffungskommission keine Annahme gefunden. Dafür wird angeführt, daß die Kontrolle zu kompliziert sei und daß die Arbeitszeitverordnung schon jetzt praktisch in diesem Sinne ausgelegt werde.

Die Kommission macht auch keine Empfehlung für eine Pensionskürzung bei solchen Pensionempfängern, die noch nebenbei Arbeitseinkommen beziehen. Dabei beruft sie sich unter anderem auf einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der den Gesetzgebenden Körperschaften bereits vorliegt.

In der Frage der Beschäftigung verheirateter Beamtinnen ist es ebenfalls zu keinem einheitlichen Beschluß gekommen. Der Mehrheitsbeschluß will durch Vereinfachung von Abfindungssummen, die nach dem Dienstalter zu staffeln sind, verheirateten Beamtinnen einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden geben. Der Minderheitsbeschluß sieht unter Gewährung von Abfindungen eine Kündigung des Dienstverhältnisses von verheirateten weiblichen Beamten und Lehrern vor, „sofern nach dem pflichtmäßigen Ermessen der zuständigen Behörde die wirtschaftliche Versorgung der Befähigten gefährdet erscheint“. Das soll auch bei lebenslänglicher Einstellung gelten.

Der Befragung der Arbeitsplätze unter sozialen Gesichtspunkten ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Die Arbeitgeber sollen in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen, daß bei Entlassungen und Einstellungen im Falle gleicher Eignung die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen die Arbeitgeber im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen die Belegschaften daraufhin durchprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen im Betriebe vorhanden sind und ohne unbillige Härte und ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können. Mit Rücksicht auf ihr berufliches Fortkommen sollen Arbeitnehmer, deren Eltern ein geringeres Einkommen haben, nicht schon deshalb durch die vorgeschlagenen Maßregeln getroffen werden. Nach § 58 A.B.G. sind die Arbeitsämter verpflichtet, bei gleicher Eignung mehrerer Arbeitssuchender die sozialen Verhältnisse bei ihren Vorschlägen zu berücksichtigen. Die Kommission macht schließlich darauf aufmerksam, daß die gewöhnliche Anwendung dieses Grundsatzes bei dem gegenwärtigen großen Mangel an Arbeit von besonderer Bedeutung ist.

Wir kommen noch des näheren auf obige Vorschläge zurück.

Der Weg zur Politik

III.

Wir sagten eben, daß sich die (freigewerkschaftliche) Arbeiterschaft nicht durchweg der Konsequenzen der Hinwendung zur positiven Gestaltung des öffentlichen Lebens bewußt sei. Da ist eine Minderheit, die ist geneigt, diese ganze Entwicklung seit 1918 als ein großes Unglück für die Arbeiterschaft zu betrachten. Sie betet den Fetisch der proletarischen Revolution und ihres Kindes, der Diktatur, an. Die Revolution habe im wesentlichen nichts an der Lage der Arbeiterschaft geändert. Die Wendung der Gewerkschaften zur Politik in unserem Sinne sei nur geeignet, die geistige Reinheit der Bewegung zu gefährden; man begeben sich auf uferlose Wege. In ihnen kommt der alte Gegensatz zwischen der geistigen Reinheit um des Zieles willen und der Freude am Genossen, dem mächtigen Willen zu ihm, der Gegensatz zwischen Dogma und Politik zum Ausdruck. Wenn man sie sprechen hört, so meint man religiöse Apokalypsen zu hören. Sie können nur von der Zeit geheilt und nur langsam mittätig werden. Stellt man sie aber jetzt schon auf Positionen, die die Nachkriegszeit gebracht hat, so richten sie nur Unheil an. So haben wir oft erlebt, wie Betriebsräte sich und ihre Kollegen selbst um jeden Einfluß dadurch gebracht haben, daß sie glaubten, nicht zur Erfüllung der Bestimmungen des A.B.G., sondern zur Abhaltung von Exerzieren für die Weltrevolution da zu sein; denn ihnen geht als echten Dogmatikern jeder Sinn für realistische Realitäten ab.

Aber auch solche Kollegen, die dem revolutionären Gedanken gegenüber indifferent sind, verhalten sich, als hätte sich nichts geändert. Ihnen geben wir folgendes zu bedenken: Der eingeschlagene Weg bedeutet nicht nur ein In die Ferne gehen der Aufgaben, sondern diese werden auch immer schwieriger und stellen immer höhere Anforderungen. Dem Einwirken in den Streik gehörte und gehört eine unerbittliche Entschlossenheit und ein nicht zu überbietendes aber individuelle Fähigkeiten werden

Das mach' ich nachher gleich!

Wie oft wird mit Nebenarbeiten wie der obigen eine an sich kleine und nebensächliche Arbeit aufgeschoben. Und wie oft entsteht aus solchen, nur aus Bequemlichkeit und Anüberlegtheit erwachsenen Versäumnissen ein kleines oder vielleicht auch großes Unheil. Nägel, Holzsplitter und andere noch so unwichtige nebensächliche Abfälle, die Verletzungen hervorrufen können, gehören nicht in den Bereich der Arbeitsausübung, sondern sie müssen sofort entfernt werden, daß sie keine Gefahr mehr bedeuten!



Beim Kistenöffnen merk' die Regel: Entferne möglichst gleich die Nägel!

Bestell Nr. - 359 - d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. d. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft. Berlin W.9.

Man darf nie vergessen, daß jede winzigste, ja, nur mikroskopisch sichtbare Verletzung unserer Haut eine Durchbrechung der äußeren Schutzschicht unseres Organismus bedeutet, dadurch also eine Einfallspforte für Krankheitserreger jeder Art entstanden ist. Mag die Verletzung an sich auch nebensächlich und ungefährlich sein, sie kann schwere Folgen haben, wenn man mit derartigen durch Unachtsamkeit zugezogenen kleinen Rissen, Schnitten oder Stichwunden unbekümmert weiter hantiert und womöglich mit staubigen und schmutzigen Gegenständen zu tun hat. Daher lieber ein paar Minuten opfern für einen Notverband!

nur vom Führer gefordert. Jetzt wird eine dauernde Bereitschaft von jedem gefordert, an irgendeiner Stelle mitzuarbeiten; Mangel an Kräften darf es in einer Bewegung nicht geben, die den Willen hat und die Kraft in sich fühlt, die Umwelt zu gestalten. Kann auch nicht jeder Betriebsrat, Arbeitsgerichtsbeisitzer usw. werden, so wird die Bildung individueller Fähigkeiten und die Mühe um Aneignung der erforderlichen Kenntnisse um so wertvoller für die Kritik: sie wird dann gerechter und verständiger, aber auch wirkungsvoller denen gegenüber sein, die in Positionen sitzen. — Es wird von manchen geklagt, daß zu wenig gestreift werde. Daß eine Versammlung der Kollegen kurz vor Abschluß eines Tarifvertrages, in der womöglich die Kollegen vollzählig beisammen sind, denselben Erfolg haben kann, will ihnen in ihrem unpolitischen Denken nicht einfallen. — In der Vortragszeit wurde von den Kollegen beim Streik, der Hauptaktion, eine schwerwiegende Entscheidung, der Einsatz der bürgerlichen Exzellenz gefordert — aber das bedeutete oft einen Akt, der auf Zeiten der absoluten Passivität folgte. Damit ist eine Verbesserung der Lebenslage zu erreichen; aber die Gestaltung des öffentlichen erfordert dauernde Aktivität. Weiter: Die Ausrede derer, die gern den Verbandsbeitrag sparen wollten, aber ein schlechtes Gewissen hatten: sie brauchten keinen Verband, denn sie legten jede Woche einen Betrag für einen eventuellen Streik zurück, hat nie Berechtigung gehabt; aber den Schein der Berechtigung konnte man ihnen solange nicht verlagern, als der Streik eine der Hauptaufgaben des Verbandes war (als eine der Aufgaben besteht er ja auch heute). Daß unter der von uns geeigneten Entwicklung auch der Schein verfliegt, ist klar: Die Beteiligung an der Selbstverwaltung bedeutet offensichtlich eine Erweiterung auch der Kampfbasis der Gewerkschaften (und wie wird oft in den Beratungszimmern der Arbeitsgerichte, in den Ausschüssen der Sozialversicherung usw. gekämpft); diese weite Kampfbasis erfordert aber einen stabilen Untergrund, der sich nicht heute verflüchtigen, morgen wieder bilden kann. Erenes Festhalten an der Organisation wird mehr denn je die Grundlage der Macht!

Schließlich möchte ich noch hinweisen auf die Notwendigkeit der Bildung dessen, was man den politischen Sinn nennt. Der unpolitische Mensch, das ist derjenige, der das Wesen der Macht nicht kennt, wird geneigt sein, bei Kompromissen, die sein Verband (etwa bei Tarifabschlüssen) eingehen muß, weit mehr noch bei Niederlagen desselben, die Flinte ins Korn zu werfen und damit das Siegel unter künfrige, noch größere Niederlagen zu setzen, anstatt die einzig vernünftige Konsequenz zu ziehen, an der Stärkung und dem weiteren Ausbau der Organisation zu arbeiten. — Das Lohninteresse ist auch heute noch das wichtigste Interesse des Gewerkschafters. Aber daneben tritt heute das Interesse an der Gestaltung der

öffentlichen Ordnung, und es ist das mindeste, was man heute von einem vernünftigen Gewerkschafter verlangen kann, daß er sich klar ist, daß in gegebenen Momenten beide Interessen in Kollision geraten können, und daß man dann nach der einen oder der anderen Seite eine Entscheidung treffen müssen. Diese Kollisionen können aus dem Tarifvertrags- und Schlichtungswesen entstehen. Die Entscheidung wird immer dann zu treffen sein, wenn der Fall akut wird; nur über die Bedeutung wird sich jeder Kollege vorher klar sein müssen. Wir möchten sagen: Sozialpolitische Einrichtungen zu verwerfen, weil sie uns nicht in jedem Falle Vorteil bringen — das ist unpolitisch, aber es ist auch unverantwortlich und daher eines freien Gewerkschafters unwürdig. —

Es ließe sich noch manches dazu sagen; wir wollen es jedoch bei den wenigen Hinweisen bewenden lassen, weil wir uns nur die Aufgabe gestellt hatten, das Denken der Kollegen auf ein wichtiges Gebiet hinzuweisen. Die Problematik unseres behandelten Gebietes hat Karl Marx einmal in jene grandiose Maxime gefaßt: „Anschauen und Verändern!“ Den ersten ihrer Imperative hatten wir zur Genüge befolgt; es war Zeit, daß die Gewerkschaften den zweiten zu verwirklichen begannen.

W. Barisch, Berlin.

Maschinen statt Menschen am Fließband

Durch das System der Bandarbeit schuf Ford den Maschinenmenschen. Ein Fließband mit maschinellen Einrichtungen für die Herstellung und Zulieferung der Rohstoffe sowie für die Fortbewegung der Werkstücke ermöglichte eine Tageserzeugung von 8000 Kraftwagen. Dadurch entstand eine neue Arbeitertypen, der Maschinenmensch, dessen Arbeitstätigkeit nicht mehr vom eigenen Willen, sondern durch den Arbeitstakt des Fließbandes geregelt wird. Diese Arbeit am fließenden Band ist in Europa in sehr vielen Industriezweigen mit mehr oder minder großem Erfolg nachgeahmt worden.

In den Vereinigten Staaten wird seit langem der Versuch gemacht, Maschinen statt Menschen am Fließband zu verwenden. Am bedeutendsten sind die Anlagen, die ein Amerikaner in Milwaukee, A. O. Smith, errichtet hat. Es dreht sich um Fabriken mit Massenerzeugung. So wurde eine Fabrik für geschweißte Rohrleitungen mit einer Tageserzeugung von 50 km Rohrlänge gebaut, die fast ohne Menschen zu arbeiten in der Lage ist. Eine Fabrik für Kraftwagenfahrgestellrahmen besitzt eine Leistungsfähigkeit von 10 000 Fahrgestellrahmen in 24 Stunden. In dieser Fabrik, die acht Millionen Dollar gekostet hat, werden am Fließband nicht Menschen, sondern selbsttätige Maschinen verwendet. Diese werden von 200 qualifizierten Arbeitern geregelt und überwacht. Angegliedert ist dieser Fabrik eine Maschinen-, Werkzeug- und Zubehörteilefabrik mit 1000 Arbeitern, in der sämtliche benötigten Spezialmaschinen und -werkzeuge hergestellt und ausgebessert werden. Die Herstellung des Fahrgestellrahmens beginnt mit dem Beschneiden und Prüfen der Blechstreifen und kommt am andern Ende der Fabrik fertig laziert und gebrauchsfähig heraus. Die Zeitdauer, bis aus den angelieferten rohen Blechstreifen der fertig lackierte Fahrgestellrahmen hergestellt ist, beträgt nur 90 Minuten.

Körperliche Tätigkeit ist während des ganzen Arbeitsprozesses nur für das Anbringen der Zubehörteile eingeschaltet, abgesehen von der Handarbeit, die notwendig ist, um die Teile in die Arbeitsbahnen einzuführen und sie wieder abzunehmen. Die im Fabrikationsprozeß verwandten Arbeiter sind fast ausschließlich damit beschäftigt, die Maschinen und ihren Gang zu überwachen. Von Bedeutung ist noch, daß die fertiggestellten Fahrgestellrahmen mit einer Genauigkeit von Millimeterbruchteilen hergestellt sind. Notwendig sind 552 einzelne Arbeitsgänge bei 125 Teilen, aus denen der Rahmen besteht.

Somit wären wir glücklich so weit, Menschen fast vollständig zu entbehren. Uebrig bliebe nur die Erzeugung der benötigten Maschinen und Apparate und die Überwachung derselben. Die Technik überschlägt sich förmlich in der Herausbringung von Wunderwerken. Sie ist einer der erfolgreichsten Diener der Menschheit. Nur ein Haken ist dabei:

Was soll aus den Menschen werden, die durch solche technischen Höchstleistungen von ihrer Arbeit verdrängt werden? Hier liegt das Zentralproblem, das das technische Zeitalter zu lösen hat zum Wohle der gesamten Menschheit.

Stellenlojer haußiert

Die Wolken hängen schwarz, Wind bläst um alle Ecken, nun zieh den Hut dir fester ins Gesicht. Es hüßt dir nichts — lauf, Hund, sonst mußt du mitleidslos verrecken. Die Bäume stehen starr wie Besen am Kanal. Der Sommer ist gewesen, die Welt ist fahl. Ich lief den ganzen Tag wie ein verfolgter Dieb — an Türen ist man oft vor mir erschrocken und manche knallte zu mit einem Hieb, auf mancher Stiege blieb ich müde hocken. Ad manchmal kaufte man mir etwas ab. Am liebsten geh ich in die Vorstadt raus; denn aus den feinen Vierteln weist man meist mich aus und bringt mich schleunigst auf den Erab. Zuweilen sieht mich einer böse an. Ich hab ihn wohl vom Essen aufgestört? Ach ja, ich weiß, daß sich das nicht gehört. Vielleicht war's auch ein vielgeplagter Mann. Ja, wir sind lästig, weil wir da sind, sind Bettler überall, wo wir erscheinen. Und wo wir bitten, stehen oder weinen, stets scheint's, daß wir der fatten Ruh zu nah sind. Was hab' ich heut verkauft? Ein Päckchen Briefpapier, drei Karten, Schuhcreme, einen Schlüsselring. Und einen Zehner gab aus Mitleid mir der oder jener, daß ich weiterging. Julius Zerkow.

GRUNDWISSEN FÜR MALER

Das Blut bei Bleivergiftung

Blutveränderungen bei Malern und andern Bleiberufen.

Von Dr. W. Schweisheimer.

Ein Maler fühlt sich eines Tages nicht mehr so recht wohl. Er kann nicht sagen, was ihm eigentlich fehlt, von akuter Erkrankung ist keine Rede, müde ist er und schlapp. Aber seine Umgebung ist schon länger darauf aufmerksam geworden, daß etwas nicht in Ordnung mit ihm ist. Er selbst schaut sich nicht in den Spiegel, und wenn er es tut, dann kann er keine besonderen Unterschiede wahrnehmen. Bekannte jedoch, die ihn längere Zeit nicht getroffen haben, fragen ihn: „Was ist los mit dir? Bist du krank? Warum bist du so bleich?“

Das ist es, diese Veränderung des Aussehens, dieser Wechsel in der Gesichtsfarbe, was andern Menschen besonders auffällt. Zu Beginn wandelt sich die normale Farbe des Gesichtes in eine leichte Blässe um, bald jedoch erhält die Blässe einen Stich ins Gelbliche, zuweilen unter Beimischung eines eigenartigen grauen Farbtones. Im Weißen des Auges ist gleichfalls eine geringe gelbliche Verfärbung zu erkennen.

Natürlich wäre nichts verkehrter, als lediglich aus solchen Erscheinungen auf das Vorhandensein einer Blei-krankheit zu schließen. Auch viele Menschen, die nicht eine Spur bleivergiftet sind, sehen blaß, gräulich oder gelblich aus. Bei Angehörigen von Bleiberufen wird aber eine solche Veränderung der Gesichtsfarbe (ohne daß eine akute Krankheit vorausgegangen ist) doch Veranlassung geben, das Blut einmal genauer zu untersuchen. Die sichere Erkennung einer Blei-krankheit ist nämlich in frühem Zeitpunkt gar nicht einfach, und das Blut kann hier wertvolle Aufschlüsse zur Feststellung und auch zur Behandlung der Krankheit geben.

Wenn nämlich die Blässe mit einer Änderung des bleivergifteten Blutes zusammenhängt, so kommt es zu nachweisbarer Blutarmut (Anämie). Man versteht darunter im allgemeinen nicht einen Mangel oder eine Verarmung an Blutmasse, sondern ein Schwinden des Blutfarbstoffes, des Hämoalobins. Der Blutfarbstoff der roten Blutkörperchen ist der Träger des lebenswichtigen Sauerstoffes. Wird er aus irgendeinem Grunde — es gibt dafür noch andere Ursachen als Vergiftungen — erheblich vermindert, so ist der ganze Betrieb des Körpers schwerer durchzuführen, er fühlt sich krank und matt. Es genügt die Entnahme von wenigen Tropfen Blut, um vergleichsweise den Grad von Hämoalobin Gehalt feststellen zu können. Nicht das Aussehen des Gesichtes, sondern nur diese genaue Untersuchung läßt zweifelsfrei erkennen, ob eine Blässe auf einer Veränderung des Blutes oder auf irgend einer ganz andern Ursache beruht.

Noch wichtiger ist die mikroskopische Untersuchung des Blutbildes zur frühzeitigen Erkennung einer Bleischädigung. Bei der Färbung des Blutpräparates und seiner Untersuchung unter dem Mikroskop nimmt ein Teil der roten Blutkörperchen eine bestimmte Färbung an. Da basische Farbstoffe von ihnen besonders aufgenommen werden und die Färbung sich in Form von Körnchen äußert, spricht man auch von „basophiler Körnung“ der roten Blutkörperchen. Kleine blaue Körnchen in den roten Blutkörperchen lassen sich leicht erkennen. Vermutlich handelt es sich dabei um Zerfallerscheinungen im Zellinnern. Es genügt freilich nicht, einige wenige derartige Körnchen zu finden. Eine deutliche Vermehrung muß nachweisbar sein, wenn ein Beweis für Bleierkrankung gegeben sein soll. Bei andern Vergiftungen, zum Beispiel mit Quecksilber oder Nitrobenzol, treten ähnliche Erscheinungen an den Blutkörperchen auf; hier ist aber eine Unterscheidung bei den Krankheiten nicht schwer. Bei schweren Bleivergiftungen vermehren sich die geförnten oder punktierten roten Blutkörperchen so sehr, daß sie so zahlreich sind wie die normalen weißen Blutkörperchen.

Bei der Möglichkeit einer Bleivergiftung in einem Betrieb werden ganze Reihen von Arbeitern auf den Zustand ihres Blutes untersucht. Die Untersuchungsmethode ist sehr einfach: zwei Tropfen Blut genügen; sie werden auf einem gläsernen Objektträger ausgestrichen, gefärbt und unter dem Mikroskop untersucht. Bestimmte Zählmethoden gestatten einen ziffernmäßigen Vergleich der gefundenen Ergebnisse mit normalem Verhältnis. Wo sich die erwähnten Veränderungen im Blut finden, da ist das als Zeichen beginnender oder fortgeschrittener Bleischädigung aufzufassen. Man wird einen derartigen Menschen weiterhin beobachten, selbst wenn jetzt noch gar keine andern Anzeichen von Bleierkrankung vorliegen. Wie so viele krankhafte Veränderungen des Blutes offenbart sich auch diese im Harn. Es werden ungewöhnliche Stoffe im Harn ausgeschieden (Porphyrurie), sie hängen mit der Störung in den roten Blutkörperchen zusammen.

Auch auf chemischem Wege ist das Vorhandensein von Blei im Blut oder im Harn oder in der Rückenmarksflüssigkeit festzustellen. Auch dazu sind nur geringe Blutmengen erforderlich. Die Arbeiten, die von Schmidt vereinsamt mit Necke und Klostermann ausgeführt wurden, beruhen darauf, daß sich eine bestimmte Unterungslöslichkeit bei der Anwesenheit von Bleiüberoxyd blau färbt. Die Stärke der Blaufärbung hängt ungefähr von der Bleimenge ab. Es lassen sich mindestens 0,005 Milligramm Blei mittels dieser Methode nachweisen.

Es ergab sich bei diesen Untersuchungen, daß bei Blei-kranken eine verhältnismäßig große Menge von Blei im

Blut kreist. Gesunde Nieren scheiden es in ziemlich großer Menge mit dem Harn aus, ebenso erscheint es auch in der Rückenmarksflüssigkeit. Bei völlig gefunden Bleiarbeitern und Bleiträgern konnte dieser Befund nicht erhoben werden, wenigstens bei weitem nicht in gleicher Höhe. Es scheint eben zu stimmen, was früher schon behauptet wurde, daß Krankheitserscheinungen vom Zirkulieren des Blei nach Abbau von den Ablagerungsstellen im Körper abhängen. Anderweitige Erkrankungen können bleihaltige Organe zu einer Loslösung von Blei veranlassen. Auf solche Weise werden die Erscheinungen einer Blei-krankheit zuweilen erst im Anschluß an eine andere Erkrankung offenbar.

Wie kommt es nun, daß durch das aufgenommene Blei gerade das Blut geschädigt wird? Eine Lieblings-ablagerungsstelle für Blei im Körper ist das Knochenmark, und in ihm werden die neuen Blutkörperchen gebildet. Das Blei kommt daher mit der Ursprungsstelle der Blutkörperchen in unmittelbare Berührung. Man war früher der Ueberzeugung, daß die Entstehung der Blei-krankheit auf das in den Magen und Darm aufgenommene Gift zurückzuführen sei; also zum Beispiel auf die Uebertragung von Blei durch die ungereinigte Hand auf die zu genießenden Speisen. Diese Gefahr ist

DAS GEDRUCKTE WORT

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum werfe den gelesenen „Maler“ nicht fort, sondern gebe ihn an unorganisierte Kollegen weiter. Die Zeitung ist stets ein gutes Werbemittel für den Verband

erkannt und daher nicht allzuschwer zu vermeiden. Als am gefährlichsten gilt heute das eingeatmete Blei, wie es bei dauernder Tätigkeit mit Bleistaub und Bleifarben oft schwer zu vermeiden ist. Das vom Magen und Darm aufgenommene Blei wird von der Leber zum großen Teil aufgefangen und entgiftet. Das eingeatmete Blei gelang dagegen unmittelbar ins Blut und mit ihm zu allen Organen des Körpers. So kann es in hohem Maß seine Giftwirkung ausüben. Kurz dauernde derartige Schädigungen werden in ohne weiteres wieder ausgeglichen; anhaltende führen jedoch zu Vergiftungserscheinungen.

Die Behandlung der Vergiftungserscheinungen muß schon mit der Verhütung einsehen, wie sie in den entsprechenden Vorschriften der Gewerbeordnungen ihren Ausdruck findet. Blei-kranken Menschen müssen der Bleiaufnahme entzogen werden. Wenn die Schädigung nicht schon zu stark vorgeschritten ist, tritt rasch Besserung im Blut und im Gesamtkörper ein. Die beunruhigende Bleiblässe des Gesichtes schwindet dann schon nach zwei bis drei Wochen, in stärkeren Fällen nach zwei bis drei Monaten. Die Blutuntersuchung muß jedenfalls noch längere Zeit fortgesetzt werden. Ueber die neuerdings empfohlene Behandlung der Bleivergiftung durch Einspritzung von Natriumthiosulfat unmittelbar in die Blutbahn sind die Erfahrungen noch nicht abgeschlossen.

Der Sinn der Nervosität

Von

Dr. W. Flemmig.

Die Nervosität ist heute ein Volksübel, das viele Menschen ergriffen hat. Man schiebt diese Krankheit auf die Unrast unserer Zeit, auf die Steigerung des Verkehrs, auf die zermürbende Berufsarbeit, die immer mechanischer und monotoner wird. Da die Nervosität in sehr vielen Fällen durch das Fehlen körperlicher Krankheitserscheinungen gekennzeichnet ist, bildete sich allmählich die Meinung heraus, die Betroffenen seien nur eingebildet krank. Nur guter Wille und Selbstbeherrschung, dann wäre alles gut. So einfach ist gegen die Nervosität aber nicht anzukommen.

In den Lagentreisen wird in den meisten Fällen Ursache und äußerer Anstoß der Nervosität verwechselt. Es muß hierfür eine gewisse Disposition vorhanden sein. Die Ursache der Nervosität ist deshalb nicht die Hezjagd, sondern der nervöse Charakter. Die Hezjagd ist nur der äußere Anlaß, daß die Nervosität zum Durchbruch kommt. Die Dinge liegen so, daß die äußeren Anlässe in heutiger Zeit mehr gegeben sind als in früheren Jahren.

Die Nervosität wird wohl immer auf die schwachen Nerven geschlossen, jene geheimnisvollen Stränge, die den Körper durchziehen. Die seelische Beanspruchung wird aber nicht erkannt. Das Nervensystem leidet die seelische Unrast seines Trägers in den Körper hinein, wo sie denn in nervösen Störungen zutage tritt, das heißt, die Nerven spielen in den meisten Fällen der sogenannten Nervosität nur die Rolle, daß sie die Erkrankung der Seele weiter nach außen fortleiten. Was die Vererbung der Nervosität betrifft, ein Schlagwort, das in Lagentreisen so viel Unheil angerichtet hat, denn viele Nervöse setzen sich dazu verurteilt, im nervösen Zustand zu leben, bloß weil vielleicht ein Vorfahr einmal an nervösen Störungen litt, so ist nur die Anlage, das heißt die Fähigkeit nervös zu werden, vererblich. Deshalb braucht der Betroffene noch lange nicht dem nervösen Zustand zum Opfer zu fallen, ja er kann sogar, wenn die günstigen Bedingungen erfüllt

sind, es zu außerordentlichen Leistungen im Leben bringen, ohne jemals an Nervosität zu leiden.

Die Anlage zur Nervosität wird gekennzeichnet durch ein stark entwickeltes Gefühlsleben, das übermäßigen Schwankungen unterworfen ist, und ein anormales Phantasieleben. Aus diesen beiden Komponenten erlei-tet es sich auch, daß die nervösen Störungen so vielerlei Gestalt annehmen und in manchen Fällen sogar zu sichtlich Körpererkrankungen führen müssen. Die geistigen Kräfte des Menschen entwickeln sich im Ober- und Unterbewußtsein. Bei Tage arbeitet das Oberbewußtsein, obwohl auch hier es sehr oft vorkommt, daß die Störungen des Unterbewußtseins ans Tageslicht gelangen, wenn das Ober- oder Wachbewußtsein zu ermüden beginnt. Das Unterbewußtsein ist sozusagen die Registrator, hier ist alles geordnet, hier ist jedes Erlebnis festgehalten. Das Unterbewußtsein tritt in seiner Arbeit deutlich in die Erscheinung, wenn in der Nacht das Oberbewußtsein völlig schläft. Dann kann es sich völlig auswirken (allerdings arbeitet es auch bei Tage, nur tritt das Wirken nicht in die Erscheinung), um die Urinstinkte des Menschen an die Oberfläche treten zu lassen. Diese sind durch unsere Kultur gehemmt. Aber diese Hemmungen können auch beim normalen Menschen im Traum wegfallen, denn jetzt arbeitet, ohne daran gehindert zu werden, das Unterbewußtsein. Während nun der Gesunde absurde Gedanken ohne weiteres abstreift, leidet aber der Nervöse unter der Disharmonie zwischen bewußtem und unterbewußtem Streben. Die am Tage mühsam versteckten Gedanken und Wünsche finden des Nachts im Traum ihre Erfüllung. Es sind vielfach Regungen, die mit dem übermoralischen Empfinden des Betroffenen nicht vereinbar sind und diese Zerrissenheit muß natürlich sich auf die Seele auswirken. Der Nervöse hat also viel mit seinem Innern zu tun, er verbraucht innerlich viel Kräfte, denn er wird mit den Dingen nicht so leicht fertig, wie der Gesunde, und dabei soll er nach außen hin noch dasselbe leisten wie der gewöhnliche Sterbliche. Er soll also das Doppelte leisten, was eine fortgesetzte Ueberbürdung ist, die sich eines Tages auswirken muß. Man kann sagen, der Nervöse verbraucht seine Kräfte am unrichtigen Ort, denn er ist gar nicht so schwach, wie vielfach die Meinung besteht. Die Nervosität ist in den allermeisten Fällen seelisch bedingt und deshalb kann auch diese Störung nur auf dem Wege der seelischen Beeinflussung wieder behoben werden. Was soll man von den „schwachen“ Nerven halten, die heute kräftig sind, um morgen dann wieder elend zu sein? Allerdings hält man es in vielen Fällen für sehr schwer, den Nervösen dazu zu bringen, daß er seine Idee von den schwachen Nerven aufgibt. Alles nimmt er ernst und rennt dadurch immer weiter ins Unglück. Ist er einmal auf dem Wege der Besserung, dann fürchtet er immer wieder einen Rückfall.

Vielmehr wird dem Nervösen vorgeworfen, daß es ihm an dem nötigen Willen fehlt. Er brauche ja nur zu wollen und die Energie aufzubringen, dann könne er auch gesund werden. Wenn die Nervosität der Deckmantel für ein Ziel ist, das sich der Nervöse gesteckt hat und das er auf geradem Wege nicht erreichen kann, so kann er nicht gleichzeitig gesund sein wollen. Man darf den Nervösen nicht als willensschwaches Wesen bezeichnen, denn im Mittelpunkt der Nervosität steht die seelische Zerrissenheit, dem äußerlichen Ja steht ein viel stärkeres inneres Nein entgegen. Der Wille kann erst dann wieder Erfolg haben, wenn im Leben des Nervösen ein neues Ziel geschaffen ist, auf das er seine Kräfte konzentrieren kann. Es gilt also, ihn von dem ganzen Gebiet seiner seelischen Zerrissenheit abzulenken, was aber große Geduld erfordert.

Illustrierte Gesundheitschriften für das berufstätige Volk

Heft 1: Wandern, Turnen, Sport. Von Professor Dr. Müller; Heft 2: Sorheiten im täglichen Leben. Von Professor Dr. Seligmann; Heft 3: Gesundheit und Körperpflege. Von Professor Dr. Schill; Heft 4: Die Hygiene der Wechseljahre. Von Professor Dr. Klemm; Heft 5: Gesunde Kost. Von Professor Dr. Schütz. Preis je Heft 10 J. Zu beziehen von der Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Die Herausgabe dieser kurzgefaßten Gesundheitsbroschüren ist ein guter Gedanke und trifft das Richtige für die Gewerkschaftsmitglieder! — Wer seine Gesundheit und Arbeitskraft nicht schützt, kann im wirtschaftlichen Existenzkampf nicht bestehen. Die Krankenkassen sind deshalb seit langem bemüht, gesundheitliche Aufklärung in den Kreisen der Versicherten zu verbreiten. Das Material, das bisher hierfür zur Verfügung stand, ist vielfach zu theoretisch oder zu teuer. Deshalb sind jetzt diese vollständigen Gesundheitschriften herausgegeben worden. Sie behandeln in knapper aber ausreichender Weise die verschiedenen Gebiete der Gesundheitspflege und Krankheitsbekämpfung. Die klare Darstellung wird noch durch interessante Zeichnungen belebt. Am Schlusse eines jeden Heftes sind praktische Ratschläge, die auf die tatsächlichen Verhältnisse der Berufstätigen zugeschnitten sind, in kurze Leitsätze zusammengefaßt. Man kann sie leicht behalten und befolgen. Jeder wird gern 10 J für eine Broschüre bezahlen, die ihm im täglichen Leben von so großem Nutzen ist.

**Der Verband ruft Dich:
Auf, zur Frühjahrsagitation!**

Unterhaltung Wissen

Eine humorvolle Rede des Malers Christian Schaper

beim Ersten Malertaa in Hannover 1874.

Anfangen — nennt man die Zeit, wo die Arbeit beginnen soll; sie ist zwar schon genau bestimmt, wird aber nicht so genau eingehalten. Erst kurz vor dem Frühstück oder der Vesperzeit werden alle Kräfte eingepaant. Mancher weiß aber überhaupt nichts anzufangen.

Austrichten — ist ein bedeutender Zweig der Malerkunst, wobei die bedeutendsten Kräfte ganz ausgezeichnete leisten können. Dabei ist jedoch nötig, daß nicht zu rasch gestrichen wird, weil das in die Glieder geht und der Arm weh tut.

Bilder malen — gehört zu den Ueberflüssigkeiten, weil solche bereits zu viele vorhanden sind; auch lehnt sich das einfache Anstreichen viel besser.

Lehrling — ist meistens ein Knabe, der die Gebirgen zu bedienen hat, Frühstück und Vesper zu holen, Töpfe auszutragen und dergleichen. Gegen Ende seiner Lehrzeit erlangt er die Fähigkeit, ein Faß Bier auflegen zu dürfen.

Lineal — ist ein Instrument, das man dort hält, wo bereits ein Strich ist; die Maler nennen dies einen Schnurschlag. Wer geschickt liniieren kann, bleibt nur auf einer Seite desselben.

Lohn — kann niemals zu hoch sein, weil alle Vergütungen Geld kosten und nur der Tod umsonst arbeitet; dafür müssen aber die Lebenden blechen.

Malstroch — ist ein Instrument, womit die Quelle auf den Gerüsten ausgefodert werden. Im Bedarfsfalle kann man auch einen Pinsel daranbinden, um die Juden in den Ecken auszubessern.

Pausen — werden nur einmal auf der Arbeitsstelle verwendet, dann werden sie, je nach ihrer Größe, zum Einwickeln von Frühstückstresten oder für den Arbeitsanzug gebraucht.

Schablonen — gehören zu den wichtigsten Erfindungen im gesamten Malwesen. Dadurch wird jede geistige Anstrengung überflüssig. Auch ist nur ein dicker Pinsel dabei nötig, um das tabelloste Ornament oder sonstwas auf Decken und Wände zu zaubern.

Streifen — ist eine Erfindung zur Erhöhung der Gehirnschubstanz, wobei durch vieles Reden meist nur Silber erzeugt wird.

Rechnung — ist ein papierener Gegenstand, der alle Quartal in neuer Auflage erscheint. Die davon Betroffenen sind sehr unterschiedlichen Charakters, die einen möchten gern zahlen und können nicht, die andern könnten zahlen und wollen nicht. O tempora, o mores!

Zirkel — ist in den höheren Regionen ganz entbehrlich; man nimmt an dessen Stelle einen Bindfaden, schlägt einen Nagel ein und geht oder läuft damit im Kreis herum.

Da es nach dem 3 weitere Buchstaben nicht mehr gibt, so bin ich gezwungen, Schluß zu machen. Vom Ernste der Wissenschaft meiner Ausführungen habe ich Sie hoffentlich überzeugt, und so empfehle ich mich bis zum nächsten Malertage.

Angenau übertragen von P. Ullwang.

Vom Hausaberglauben

Von Dora Löggen-Loetsch.

Es ist doch ein eigenes Ding um den Aberglauben! Da haben sich irgendwelche Ansichten und Meinungen und Vorurteile in den Menschen festgesetzt, die sich von Generation zu Generation forterben und die sich — obwohl man bei ruhigem Ueberlegen keinen Grund für sie findet — trotz aller Bemühungen nicht austrotten lassen. Man denke nur an den häufig so verhängnisvollen medizinischen Aberglauben. Besprechungen und Sympatiemittel, die oft genug das rechtzeitige Herbeirufen eines Arztes bei irgendwelchen Erkrankungen vereiteln und dadurch vielfach ein Leiden verschlimmern oder gar den Tod herbeiführen. Sehr häufig begegnet man auch dem Hausaberglauben, der für den überlegenden Menschen eine Quelle ungetrübter Heiterkeit ist.

Mit dem Aufstehen fängt es an. Wenn man mit dem linken Bein zuerst aus dem Bett steigt, gibt's Aerger und Verdruß, oder man ist den ganzen Tag ubellaunig. Solange du noch im Bett liegst, müssen die Hauschuhe ordentlich davor stehen, die Spitzen sollen vom Bett abgekehrt sein, sonst plagt dich Alptrüben oder du wirst krank. Wenn du nach dem Aufstehen die Schuhe nicht mit der Spitze nach der Wand unters Bett stellst, verunatüchtst du und lebst nicht mehr in das Bett zurück. Beim Anemachen dürfen Hauschuhe nicht auf den Tisch gestellt werden, wenn es keinen Aerger geben soll. Das Bein ist auch kein Mo; für angefangene Handarbeiten; sie werden nie fertig, wenn du sie aufs Bett legst.

Ganz schlimm ist's beim Essen und Trinken! Was ist das für eine Katastrophe, wenn die berühmten „Dreizehn“ am Tische sitzen! Einer davon muß ganz bestimmt innerhalb eines Jahres sterben. Wer sterben muß, steht ja zwar nicht genau fest, entweder wer dem Spiegel am nächsten sitzt, oder wer dem Spiegel gegenüber sitzt, oder wer seinen Platz an einer Tischede hat, oder wer zuerst oder zuletzt ansieht, oder wer zuerst isst oder trinkt, oder wer die Zahl seiner Tischgenossen zuerst feststellt. Also von denen muß einer innerhalb eines Jahres bestimmt — aber ganz bestimmt! — sterben.

Interessanter: Ganz lieb ist es mir auch nicht, wenn bei mir in einer Zahlzeit dreizehn Personen am Tisch sitzen. Ich habe mich doch zu den sooo „Aufgeklärten!“ gehalten, aber es aber deshalb nicht lieb, weil ich von zu-

sammenhängendem Geschirr nur je 12 Stücke habe und einer der Tischgenossen aus der Reihe tanzen müßte. Es ist also für mich eine Frage des Geschmacks und der Höflichkeit und nicht etwa die Angst, daß einer unserer Gäste oder vielleicht auch ich selbst innerhalb eines Jahres sterben könnte!

Wenn man das Salzfah beim Essen umschüttet, gibt es Sank und Aerger in der Familie, auf einer Hochzeit sagt es sogar eine unglückliche Ehe voraus; nach einer andern Lesart muß man sogar für jedes verschüttete

Die Heimarbeiterin

Ein Lied an meine Frau.

Da sitzt du nun als Mutter deiner Kinder an der Maschine fast den ganzen lieben Tag und säumst und nähst, hoch oben unterm Dach in Höhenluft und wirst trotz allem nicht gefünder.

Und ich sitz arbeitslos in deiner schiefen Küch' und seh dir zu und — — — schäme mich.

Und seh, wie fleiß'ge Hände schaffen müssen für kargen Lohn, der im Voraus verteilt. Ich kann nicht anders, habe mich beeilt. Muß dir die kleinen fleiß'gen Hände küssen.

Es ist das einzige, womit ich danken kann, ich großer, starker, leider arbeitsloser Mann.

Und dann hast du noch viele andre Sorgen des Alltags, die dein liebes Herz beschweren. Im Haushalt mußt du kochen, waschen, kehren, und neue Arbeit bringt dir jeder neue Morgen.

Und ich sitz da, zehr noch von deinem Geld, weil's viel zu wenig ist, was man erhält.

Kommt endlich dann des Sonntags Feierstille und wollen fremde Menschen dich dazu verleiten, ihnen zu helfen bei ihren vielen Nichtigkeiten, und kannst du's nicht, dann ist es böser Wille.

Na, sei nur still! Ich will nichts mehr erwähnen. Ich seh's, in deinen lieben Augen glitzern Tränen.

In meinen lieben Freund.

Mein lieber Freund, aus deinem Schreiben klingt die Frage:

„Warum läßt du denn gar nichts von dir hören?“

Nun, ich erwidere dir: „Die schweren kummervollen Tage, soll ich auch damit noch dein wundes Herz beschweren?“

Es ist das Sattgefühl des Engverbundenseins.

Ein guter Freund glaubt stets: „Mein Leid ist deins.“

Alade. März 1931.

Körnlein Salz einen Tag länger an der Himmelstür warten! Verschütteter Wein bedeutet ein Leichenbegräbnis in nächster Zeit; wenn auf einer Hochzeit Wein verschüttet wird, rechnet man mit dem baldigen Tode eines der Brautleute. — Das Messer darf bei Tisch nicht mit der Schneide nach oben liegen, der Teufel reitet darauf und holt sich deine Seele!

Brot, Wurst und Kuchen dürfen von Unverheirateten nicht angechnitten werden, sie müßten sonst noch sieben Jahre auf die Eheschließung warten. Dasselbe sagt man auch von Unverheirateten, die an einer Tischede sitzen oder die man beim Auskehren mit dem Besen berührt. — Wenn ein Mädchen einen Rest vom Keller nimmt, heiratet es einen Witwer. Das „Zugießen“ ist auch verpönt, da gibt's eine böse Schwiegermutter!

Brot darf nie mit der Wölbung oder mit der angechnittenen Seite auf dem Tisch liegen; der Satan holt sich sonst den Lebeltäter. Wer mit Brot spielt oder darauf tritt, bekommt Rheumatismus in Händen und Füßen oder er wird in Not geraten! Wenn zwei nach der gleichen Scheibe Brot greifen, muß einer von ihnen bald sterben... Sterben muß auch bald, wer sich als Dritter an einem Streichholz die Zigarette entzündet!

Die Riste solcher — nun, man darf es wohl sagen! — menschlichen Dummheiten ließe sich noch beliebig vermehren. Es fehlt hier zum Beispiel ganz der Traumaaberglaube; es fehlen alle die Anschauungen, die mit unserer Kleidung zusammenhängen oder mit den Haustieren oder auch mit den Epimmen, worüber ja vielerlei Verslein im Umlauf sind. Aber trotzdem genügt wohl die oben zusammengetragene Blütenlese, um zu zeigen, wie tief der Aberglaube noch in den Menschen wurzelt.

Wenn wir die verschiedenen abergläubischen Meinungen durchsehen, werden wir finden, daß die meisten der darin erwähnten Dinge Anjüten oder Mißgeschick sind, die dem Betroffenen oder der Hausfrau recht peinlich sind und die man deshalb möglichst vermeiden möchte. Wahrscheinlich hat — wie viele Forscher annehmen — der Hausaberglaube in den meisten Fällen ursprünglich als Triebfeder Ordnungsliebe, Eitelkeit, Höflichkeit, Vorsicht und Bequemlichkeit gehabt — und die angefündigte „Folge“ sollte wohl nur ein Mittel sein, die Kinder (und die Gäste) vor der Verletzung der „Hausordnung“ zu warnen und zu schrecken. Teilweise mag auch die Angst vor unbekanntem Gewalten zur Entstehung einzelner Formen des Aberglaubens beigetragen haben.

Wenn man sich das einmal gründlich überlegt, dann kann man eigentlich gar nicht mehr abergläubisch sein — wenigstens mir geht es so! Und dann kommt man schließlich wohl auch zu dem Ergebnis, daß man Anjüten, die man tatsächlich häufig trifft und die in vielen abergläubischen Anschauungen bekämpft werden, auch ohne den berühmten „schwarzen Mann“ austrotten kann.

Den Arbeiterkindern fehlt die Sonne

Trotz aller Fortschritte in der Technik, der Wissenschaft, der Wohnungskultur usw. ist die große Masse der Arbeiterkinder nach wie vor gezwungen, in dumpfen Engeklammern zu leben. Die Kinder der Hand- und Kopfarbeiter erhalten in ihrer Jugend sehr wenige Eindrücke von den Schönheiten des Lebens und der Kultur. Die Lehrerin der in Berlin kürzlich wegen Ermordung des Uhrmachers Albrich verurteilten Luise Neumann macht in der „Brücke“ des „Berliner Tageblattes“ über die sonnenlose Jugend der Arbeiterkinder nachfolgende Ausführungen:

„Die allzu früh erwachende und sich betätigende Erotik des proletarischen Kindes hat vielfach seinen Grund in diesem Mangel an Sonne. Und noch eins: das Großstadtkind wird innerlich und äußerlich krank an der Großstadt selbst. Gerade das Arbeiterkind ist der Natur entfremdet und hungert dabei nach Luft, Licht und Sonne. Wie viele Kinder kommen außer Schulausflügen und „Verschickung“ (und diese tritt doch nur für die besonders elenden ein) niemals in die Natur hinaus! Als ich die Klasse in der Schule im Weddingbezirk übernahm, fragten die Kinder gleich am ersten Tag: „Machen Sie auch mit uns einen Ausflug?“ „Ausflüge“ standen im Mittelpunkt ihrer Sehnsucht. Alle Kinder liebten ja Ausflüge; aber solche Begeisterung und Dankbarkeit, solchen Jubel wie bei den Weddingkindern, wenn ein Ausflug geplant wurde, habe ich in andern Bezirken weder vorher noch nachher erlebt. Ein gutes Zeichen für unsere Arbeiterkinder, eine Anklage gegen unsere Gesellschaft... Es bleibt auf jeden Fall bestehen, daß die Gefahr für das proletarische Kind groß ist und fast unentrinnbar, wenn es sich um ein innerlich unentwickeltes, infantiles, willensschwaches Kind handelt. Das wird so, wie man es beeinflusst. Es geht den dunklen Weg, wenn es auf ihn gestoßen wird; es geht einen hellen, geraden Weg, wenn man es an die Hand nimmt und mit ihm geht.“

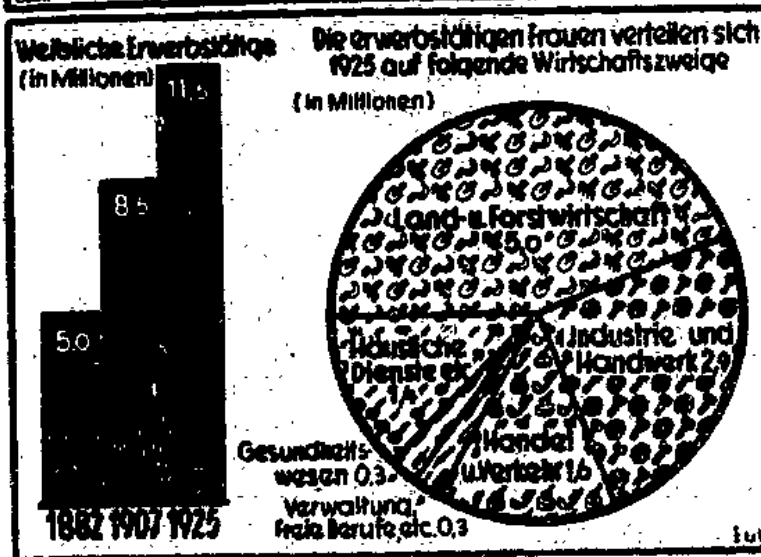
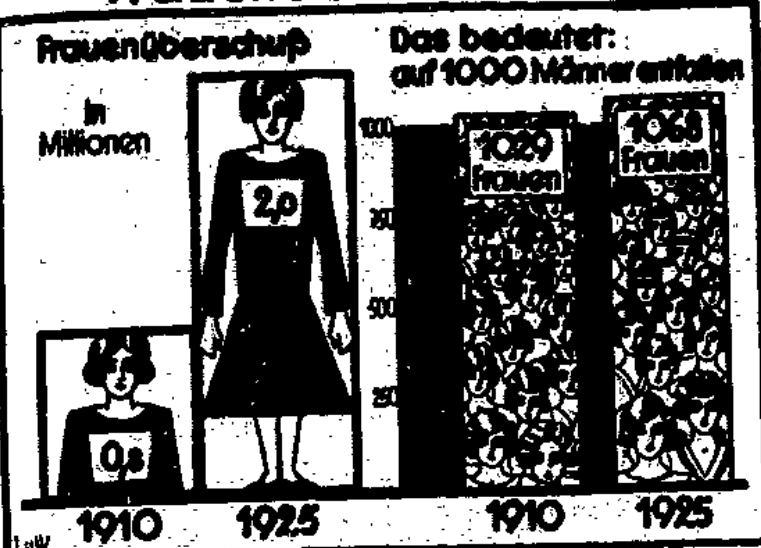
„Das Gespensterrecht“

Die Gespensterfurcht war in früheren Zeiten eine so allgemeine, daß es nicht verwundern kann, wenn sogar ernsthafte Menschen sich in einer uns komisch anmutenden Weitschweifigkeit mit ihnen beschäftigen zu müssen glaubten. Die sehr umfangreiche Dissertation „De jure spectrosum“, die im Jahre 1700 in Halle veröffentlicht wurde, ist eines der interessantesten Bücher über die Gespenster, nicht zuletzt deshalb, weil der Verfasser der berühmte Rechtslehrer Johann Samuel Stryck war. Man ist fast versucht, zu sagen: schade, daß die böse Aufklärung schnöderweise dieses ganze schöne und unendlich spaßhafte System über den Haufen geworfen hat; das amüßante „Gespensterrecht“ wäre sonst unstreitig eine blühende Dase in der öden Wüste der andern doch zuweilen recht trockenen Spezialrechte geworden. Trost und Erholung für manchen Rechtsstudierenden.

Stryck stellt in der Einleitung seines tiefgründigen Wertes seinem geehrten Leserkreis erst einmal die verschiedenen Sorten der Gespenster vor: Teufel, Kobolde, Bergmännlein, Feldgeister usw. Dann beginnt in vorbildlich systematischer Ordnung die Aufzählung und Besprechung der durch die Gespenster entstehenden Rechtsfälle. Einige von ihnen sind besonders lehrreich, zum Beispiel die Frage, ob der Ehemann Scheidung der Ehe verlangen könnte, wenn seine bessere Hälfte zu den dauerlichen Wesen gehört, die besonders von den Gespenstern gepeinigt würden. Stryck verneint das; ein Verlöbniß könne freilich deshalb aufgelöst werden, eine Ehe dagegen aber nicht. Der Ehemann müsse also geduldig ertragen. Rücksichtslos ist Stryck aber gegen die Hauswirte, die ihr Haus, in dem Geister ihr Anwesen treiben, an irgendeinen Abnungsklofen verkaufen. Da das Haus durch die Gespenster völlig wertlos sei, könne der unglückliche Käufer Klage erheben und Rückersatzung des Kaufpreises sowie Zahlung einer angemessenen Entschädigung für den ausgestandenen Schrecken verlangen. Kann ein Kaufvertrag aber angefochten werden, so natürlich erst recht ein einfacher Mietkontrakt. In beiden Fällen aber muß der Kläger den Beweis erbringen, daß nicht er die Gespenster in das Haus gezogen habe, sondern daß diese schon vor seinem Einzuge darin gewesen seien. Könne der Käufer oder Mieter diesen Nachweis nicht erbringen, so stände es dem Verkäufer oder Hauseigentümer zu, die Injurienklage zu erheben. Einschränkend meint aber Stryck in ermunterndem Tone, daß man nicht bei dem kleinsten harmlosesten Spuk gleich klagen solle. Wenn die Sache nicht übermäßig gefährlich aussehe, irgendwelche Gespensterlein mit ganz und gar sekundärer Bedeutung irgendwo in einem ganz entfernten Winkel des Hauses ein wenig herumrumoren, so solle man nur ruhig weiterwohnen. Er betrachtet die Angelegenheit ruhiger als Karl Friedrich Romanus, ein anderer Rechtsgelehrter, der in seinem 1703 erschienenen Werk ausführt, daß auch der harmloseste Gespensterpuk den Käufer oder Mieter eines Hauses unbedingt berechtige, den Kauf- oder Mietvertrag ohne weiteres zu lösen.

Ferner verlangte Stryck ganz kategorisch, daß den Delinquenten, die anzuführen vermögen, daß sie vom Teufel oder andern „höherstimmten“ Geistern zu ihrer Tat unter Drohungen gebracht würden, unbedingt mildernde Umstände in weitgehendstem Maße zuzubilligen wären. Es ist anzunehmen, daß mancher diese produktvolle Eckschürbe gebraucht hat. Rolf C. Reiner.

Frauenüberschuss



Frauenüberschuss in Deutschland.

Durch den Verlust der Gefallenen des Weltkrieges und den Kriegsgeburtenausfall wurde vor dem Kriege in Deutschland vorhandene Frauenüberschuss ganz bedeutend erhöht. Vor dem Kriege gab es nur in den höheren und höchsten Altersklassen — 45 Jahre und darüber — entsprechend der längeren Lebensdauer der Frauen, wesentlich mehr Frauen. Der Frauenüberschuss in der Nachkriegszeit beträgt in Deutschland 2 Millionen, und er konzentrierte sich 1925 vor allem auf die Altersstufen zwischen 25 und 45 Jahren, heute also etwa auf die 30- bis 35jährigen. Der Hauptanteil des Frauenüberschusses entfällt also heute auf die in der Vollkraft ihrer Jahre stehende Frauengeneration. Die weibliche Arbeit ist aber keine Neuerfindung des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Frauen haben zu allen Zeiten die Arbeit geleistet, welche im Rahmen der herrschenden Wirtschaftsweise nach ihrer jeweiligen sozialen Lage von ihnen gefordert wurde. Von 1882 bis zum Jahre 1895 wuchs der Anteil der erwerbstätigen Frauen um 25 Proz., von 1895 bis 1907 um 30,4 Proz. und von 1907 bis 1925 um circa 35 Proz. Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Berufsgruppen zeigt nun neben der Vermehrung auch bereits eine Verschiebung der Frauenarbeit. In der Industrie hat sich die Zahl der Frauen von 1907 bis 1925 mehr als verdoppelt, während die Zahl der Männer in der Industrie nicht so stark anstieg. Etwa verdreifacht hat sich die Zahl der Frauen im Handel und Verkehr. Dagegen ging die Zahl der Hausangestellten seit 1882 absolut und relativ regelmäßig zurück.

Baugewerbliches

Angeblichte Steuerfreiheit der sozialen Baubetriebe.

Die so oft in der Presse und auch in den Parlamenten behauptete Steuerfreiheit der sozialen Baubetriebe wird durch die in Nummer 7 der „Sozialen Bauwirtschaft“ (monatlich zwei Hefte, Bezugspreis vierteljährlich 2,25 M) veröffentlichte Steuerstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für das Jahr 1930 wieder einmal widerlegt. Nach dieser Statistik sind von den sozialen Baubetrieben im Jahre 1930 rund 2 1/2 Millionen Mark Steuern gezahlt worden. Für die Jahre 1925 bis 1930 kommt die stattliche Steuersumme von über 10 Millionen Mark zusammen. Angesichts dieser Zahlen wird nur Bewilligung von einer Steuerbegünstigung der sozialen Baubetriebe sprechen können.

Die im gleichen Heft abgedruckte Beschäftigten- und Lohnstatistik der im Verband sozialer Baubetriebe vereinigten Betriebe zeigt für den Monat Februar 1931 gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1930 einen Beschäftigtenrückgang von 29,5 % und einen Rückgang der Lohnsummen von 43 %. Der stärkere Rückgang der Lohnsummen ist auf die Einführung der 40-Stunden-Woche bei einem großen Teil der Bauhüttenbetriebe zurückzuführen. Von dem tiefen Ernst, mit der die Bauhüttenarbeit von den Betriebsleitern aufgefaßt wird, zeugt ein Aufsatz des Geschäftsführers Franz Vriel von der Hamburger Bauhütte „Bauholz“ über die Aufgaben eines Geschäftsführers in den sozialen Baubetrieben. In zwei kürzeren Abhandlungen wird die Annäherung einer nennenswerten Baukostenverbilligung durch Lohnsenkung nachgewiesen und zur Milderung der Arbeitslosigkeit ein Weg gezeigt, der zur Einstellung von wohlhabenderen Bauarbeitern führen könnte. Architekt Kuroski stellt in seinem Aufsatz über das Planohaus die Baukosten des Stockwerkhäuses den Kosten für das treppenlose Reichenhaus gegenüber. Der Bau einer Wohnung von gleicher Wohnfläche kostet im Stockwerkhause 13,81 % mehr als im Planoreichenhaus.

**Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort!
Gebt sie den Unorganisierten!**

Gewerkschaftliches

Massenprotest der Kriegsoffer.

Der Versorgung der Kriegsoffer drohen schwere Gefahren. Seit 1927 sind die Rechte der Kriegsoffer in erheblichem Umfang eingeschränkt und durch Aufhebung von gesetzlich gewährleisteten Rann-Ansprüchen im Gesetz begründete Leistungen abgebaut worden. Wiederholt von Reichsregierungen und vom Reichstag gegebene Versprechungen, die Lage der Kriegsoffer zu bessern, blieben unerfüllt. Jetzt wird sogar geplant, die gesetzlich gesicherten Rechtsansprüche der Kriegsoffer anzutasten und eine Kürzung der Renten und Zulagen vorzunehmen. Dagegen hat der Bundesvorstand des fast eine halbe Million Mitglieder umfassenden Reichsbundes der Kriegsbekämpften; Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen zu großen Protestkundgebungen aufgerufen. In allen Gauen des Reiches werden am 19. und 26. April 1931 die Kriegsoffer dem Rufe des Reichsbundes zu Hunderttausenden folgen und in den größten Sälen der Reichshauptstadt sowie der Hauptstädte der Länder und Provinzen für die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage demonstrieren. Vom deutschen Volk wird erwartet, daß es sich seiner Ehrenpflicht gegenüber den Opfern des Krieges bewußt bleibt und mit ihnen der Reichsregierung zuruft: Hände weg von den Renten der Kriegsoffer!

40 Jahre Textilarbeiterverband.

Der Textilarbeiterverband konnte dieser Lage auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. 1891 tagte in Pöbneck ein Kongress der Textilarbeiter, der von Vertretern verschiedener lokaler Textilarbeiterverbände besucht war. Auf dem Kongresse wurde die Frage der Organisationsform diskutiert. Die Mehrheit der Kongreßteilnehmer entschied sich für die Form der zentralen gewerkschaftlichen Organisation. Der Anschluß der lokalen Fachvereine an die zentrale Organisation vollzog sich nur langsam. Erst nach Jahren traten die letzten lokalen Vereinigungen dem Verbande bei. Aus Anlaß des 40jährigen Verbandsjubiläums wurde das Verbandsorgan der Textilarbeiter als Jubiläumsnummer herausgegeben. Auf einer Konferenz, die in Pöbneck stattfand, wurde das Jubiläum mit einem Rückblick auf die Geschichte und stolze Entwicklung des Verbandes gewürdigt. Dem Jubilar zu seinem weiteren Aufstieg unsere besten Glückwünsche.

Uebertritt des Dachdeckerverbandes zum Baugewerksbund.

Der Zentralverband der Dachdecker hielt vom 7. bis 11. April im Schulheim des Deutschen Baugewerksbundes am Werlsee bei Berlin seinen 17. Verbandstag ab. Als erster Punkt der Tagesordnung stand der Anschluß an den Baugewerksbund zur Entscheidung. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Thomas, gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Dachdeckerbewegung und betonte, daß das Streben nach Anschluß an eine große Bauarbeiterorganisation schon seit bereits 1903 auf dem Verbandstage in Dortmund stand. Die Verschmelzungstrage auf der Tagesordnung. Sie habe fast alle Verbandstage beschäftigt. Jetzt sei es nach seiner Meinung höchste Zeit, den Anschluß zu vollziehen. Redner empfahl folgenden Antrag zur Annahme: „Der Verbandstag wolle beschließen, den Anschluß an den Baugewerksbund am 1. Juli 1931 zu vollziehen und den Zentralvorstand zu beauftragen, alle zum Uebertritt notwendigen Formalitäten vorzunehmen. Ferner beschließt der Verbandstag: Die heute im Amt befindlichen Vorstände in den Filialen haben für die Filiale ein gleiches zu tun, also im Verlauf des Monats Juni die Uebergabe der vorhandenen Objekte einschließlich der Barmittel und Akten, Mitgliedsbücher usw. durchzuführen. Der Zentralvorstand wird beauftragt, die notwendigen Anweisungen im Sinne der Uebertrittsbedingungen den Filialen zu übermitteln.“

Sämtliche Redner, mit einer Ausnahme, traten für den Anschluß ein. Dementsprechend war auch die Abstimmung. 31 Delegierte waren dafür, 1 Delegierter dagegen.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist bemerkenswert, daß das Kleinmeisterstum und die Lehrlingszucht im Dachdeckergerberde ungeheuer groß sind. Trotzdem habe der Verband seine Mitglieder gehalten. Der Rassenbericht des Kollegen Diez zeigte von einer gewissenhaften und sparsamen Rassenführung.

Ueber Wirtschaftsfragen im Baugewerbe referierte der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes, Kollege Bernhardt.

Ueber die Tarifvertragspolitik des Dachdeckerverbandes sprach der Sekretär, Kollege A. Schmidt.

Kollege Spieß vom Vorstand des DGB. behandelte die soziale Gesetzgebung in Deutschland und Kollege Sachs vom DGB. behandelte ausführlich den Bauarbeiterfortschritt. Gerade im Dachdeckerberuf sei diese Frage von ungeheurer Bedeutung, zeige doch die Statistik, daß bei allen Anfallen mit Todesfolge die Zahl der tödlichen Anfälle im Dachdeckergerberde am höchsten sei. Redner behandelte die seit dem 1. Januar 1930 in Kraft gesetzten neuen Unfallverhütungsvorschriften eingehend und forderte die Mitarbeit aller Dachdecker bei deren Durchführung.

Die Wahl ergab, daß der Kollege Thomas einstimmig zum Obmann der Reichsfachgruppe der Dachdecker im Baugewerksbund bestimmt wurde.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages, die von einem guten kameradschaftlichen Geiste getragen waren, erledigt.

15. Tagung des Deutschen Arbeiterstenographenbundes.

Am 4. und 5. April 1931 fand im Volkshaus in Chemnitz der 15. Bundestag der Arbeiterstenographen statt.

Daß in der Arbeiterschaft die Bedeutung der Bildung immer mehr Anerkennung findet, zeigte der Besuch der Tagung. Trotz Wirtschaftsnote und Krise waren die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Einen Bilanzpunkt bildete die Festrede des städtischen Erziehungsdirektors, Studienrat Genosse W. Wohlrabe,

Chemnitz, über „Die Kurzschrift im Befreiungskampf des Proletariats“.

Große Beachtung fand der Vortrag des Genossen Labensack, Lehr, über „Die Einigungsbestrebungen der Arbeiterstenographen“. Unwiderlegbar wies er nach, daß der vor 35 Jahren gegründete Deutsche Arbeiterstenographenbund für Volkskurzschrift die alleinige sozialistische Arbeiterorganisation ist, die die Kurzschrift als vereinfachte Kurzschrift für das gesamte Volk verbreitet und fördert. Bedauerlich ist darum die Gründung des Arbeiterstenographenverbandes, Sitz Dresden, der sich die Aufgabe stellt, die auf amtlichem Wege geschaffene Reichskurzschrift (genannt Einheitsstenographie) in Arbeiterkreisen zu pflegen. Nicht das Schriftsystem einer auf Autorität und Tradition ruhenden Klasse, sondern der Volksharakter einer Schrift muß dem Proletariat den Weg zur geistigen Freiheit bahnen. Diefem Gedankenweg entsprechend wurden weitere, der Einigung dienende Verhandlungen eingeleitet, um geschlossen die geistige Reaktion mit Erfolg zurückzudrängen und den Bildungseifer des Volkes zu fördern und zu befriedigen.

Die stenographische Ausstellung zeigte in mannigfacher Weise die Wichtigkeit der Kurzschrift und ihre praktische Verwendung im täglichen Leben. Ganz besonders machte die stenographische Typendruckerei die zahlreichen Besucher mit den einfachen Schriftzeichen der Volkskurzschrift näher vertraut.

Die Rassenverhältnisse und die Mitgliederzahlen sind der Zeit entsprechend sehr befriedigend.

Die Wahlen vor Schluß der Tagung ergaben in der Hauptfrage eine Bestätigung der bisherigen Leitung: Stadtrat Richter, Lehr/Baden, Bundesvorsitzender; Gewerkschaftsangehänger Scheckner, Dorford in Westfalen; Vorsitzender des Beirats; E. Altenberger, Waldenburg, Leiter der brieflichen Unterrichtszentrale.

Bundestag der Arbeiter-Abstinenten!

Während der Ostertage fand in Berlin der 9. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes statt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Organisation sich trotz der katastrophalen Wirtschaftskrise gut gehalten hat. Der Bund veranstaltete in der Berichtszeit zwei Reichslehrgänge, von denen einer der Alkoholkrankenfürsorge gewidmet war. In Berlin wurden zwei alkoholfreie Gaststätten geschaffen. Die Alkoholkrankenfürsorge wurde ausgebaut, ein besonderer Reichsausflug für sozialistische Alkoholkrankenfürsorge unter dem Vorstz von Stadtarzt Dr. Drucker, Berlin, leitet diese Arbeit. — Fast eine Million Flugblätter wurden verteilt. Zum Ausbau und zur Umgestaltung der bisherigen Bundeseitung „Der abstinente Arbeiter“ wurde beschlossen, die Zeitung in handlicherem Format unter dem neuen Titel „Der sozialistische Alkoholgegner“ erscheinen zu lassen. Besondere Aufmerksamkeit soll in Zukunft der Erwerbslosenfrage gewidmet werden. — Als Vorsitzender der Organisation wurde Genosse Kohetzel wiedergewählt, als Schriftleiter Genosse S. Rassenstein. Vor dem Bundestag fand ein Reichslehrgang für sozialistische Alkoholkrankenfürsorge statt, der von den auswärtigen Gauen reichlich besucht war.

Sozialpolitisches

Rückgang der Arbeitslosenziffern.

Endlich ist der Zeitpunkt eingetreten, wo man von einem Rückgang der Arbeitslosenziffern sprechen kann. Seit neun Monaten war eine ununterbrochene Vermehrung der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Erst langsam, dann immer schneller ging die Kurve hinauf, bis jene Riesenzahl von fünf Millionen Arbeitslosen erreicht war. Nach der Zählung vom 31. März 1931 waren noch 4 756 000 Arbeitslose vorhanden. In der zweiten Märzhälfte war ein Rückgang um 224 000 zu verzeichnen. Erfreulicherweise handelt es sich nicht lediglich um eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Saisonbetrieben, sondern teilweise auch um eine Entlastung in einzelnen Konjunkturindustrien. In einzelnen Berufen, wie im gesamten Baugewerbe, geht es nach wie vor sehr schlecht. Immerhin ist es zu begrüßen, daß eine Senkung der Arbeitslosigkeit langsam beginnt und der Tiefpunkt des wirtschaftlichen Niederganges überwunden ist.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung.

Die sogenannte Brauns-Kommission hat in dem ersten Teil ihres Gutachtens zur Arbeitslosenfrage Vorschläge zur Verkürzung der Arbeitszeit gemacht. Das bisher erstattete Gutachten ist nunmehr in einer Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes erschienen. Die Gutachterkommission rechnet damit, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden in bestimmten Berufen die zusätzliche Beschäftigung von 730 000 Arbeitern zu erwarten sei. Werden von dieser Summe mit Rücksicht auf örtliche und andere Schwierigkeiten mindestens 20 % in Abzug gebracht, so dürfte mit 600 000 Neueinstellungen zu rechnen sein. Allerdings wird auch hier wieder auf die Bedenken eingegangen, die die Unternehmer zu dem Gedanken der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht haben. Deshalb wird auch der Reichsregierung nur empfohlen, mit Hilfe eines sogenannten Ermächtigungsgesetzes die Beschränkung der Arbeitszeit für einzelne Gewerbebereiche und Berufe anzuordnen. Die Frage des Lohnausgleichs wurde von der Kommission offengelassen. Die Kommission erklärt, daß in der gegenwärtigen Krise eine Erhöhung der Beschäftigungskosten im allgemeinen nicht tragbar sei. Es müsse von Fall zu Fall erst geprüft werden, inwieweit sich ein gerechter Ausgleich auf anderem Wege erreichen lasse. Hierzu ist zu sagen, daß der Lohnausgleich eine Frage ist, die die Arbeiterschaft außerordentlich interessiert. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um einen Tag je Woche hat für die betroffene Arbeiterschaft eine empfindliche Lohnsenkung zur Folge. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß überall dort, wo es angängig ist, auf einen

Lohnausgleich hingewirkt werden muß. Es gibt eine Reihe Industrien, die fähig sind, einen Lohnausgleich vorzunehmen. Durch die Beseitigung des Doppelverdienens glaubt die Kommission, daß 280 000 Arbeitsplätze freigemacht werden können. Bei der eigentlichen nebenberuflichen Tätigkeit könnten 50 000 Arbeitsplätze für voll-erwerbssfähige Personen freigemacht werden. Die Entfernung von Rentempfängern könnte Platz für 225 000 Arbeitskräfte schaffen. Werden die erwerbstätigen Frauen von ihren Arbeitsplätzen entfernt — soweit es sich um Doppelverdiener handelt —, so würden 60 000 Arbeitsplätze frei. Diese Schätzungen der Kommission können nur theoretisch betrachtet werden. Die Frage der sogenannten Doppelverdiener ist eine heikle Angelegenheit. Nimmt man zum Beispiel die Textilindustrie, wo zahlreiche verheiratete Frauen seit Jahrzehnten beschäftigt sind, so ist es fraglich, ob diese eingearbeiteten Kräfte durch neue ohne Schaden ersetzt werden können. Der Verdienst in der Textilindustrie ist in vielen Gegenden so gering, daß die Frau gezwungen ist, mitzuarbeiten. Die Vorschläge der Kommission müssen noch des näheren geprüft werden. Wir kommen darauf zurück.

Neuer Kampf um die Arbeitslosenversicherung?

Die Reichsregierung hat wieder eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung in Aussicht gestellt, so daß zu erwarten ist, daß binnen kurzem Entscheidungen hierüber getroffen werden. Schon heute ist dazu zu sagen, daß die Arbeiterklasse nichts Gutes zu erwarten hat. Die Arbeitslosenversicherung muß immer und immer wieder Fließversuche über sich ergehen lassen. Die Unternehmer stehen befriedigt, ob des Verlaufs der Dinge beiseite, glauben sie doch, daß unter der fürchterlichen Wirtschaftskrise die Arbeitslosenversicherung zusammenbricht. In der Linie ihrer Bestrebungen liegt der Lohnabbau, und da die Arbeitslosenversicherung und die Tarifgesetzgebung im Wege stehen, wird der Kampf hauptsächlich gegen diese Einrichtungen geführt. In welcher Richtung sich die Reformen nach den Wünschen der Unternehmer bewegen sollen, verriet die „Bergwerks-Zeitung“. Dieses Organ hat den Vorzug, gewisse Dinge ohne Umschweife klar auszusprechen. In der Nummer vom 9. April wendet sie sich gegen den der Reichsanstalt von der Reichsbank gewährten Übergangskredit in Höhe von 80 Millionen Mark. Das alte Schachmatt glaubt gegen diese sorgfältig gepumpte Wirtschaft energisch Front machen zu müssen. Schließlich werden „einige brauchbare Vorschläge“ gemacht, indem folgendes gefordert wird: Abbau der hohen Lohnklassen 7 bis 11 um 10 bis 15 % der Unterstützungssätze, wodurch eine Einsparung von 145 Millionen erhofft wird. Ferner: Einführung der Bedürftigkeitsprüfung und einer Wartezeit der Saisonarbeiter auf die Dauer von vier Wochen. „Auch könnte man den Kreis der Pflichtarbeiter und den Begriff „zumutbarer Arbeit“ im Gesetz erweitern, was übrigens auch im Interesse der Arbeitsmoral durchaus zu begrüßen wäre.“ Das der Schwerindustrie nabestehende Blatt erhofft durch diese „Reform“ die Einsparung von 500 Millionen Mark. „Damit wäre die Reichsanstalt aus allen Nöten heraus. Man könnte sogar darüber hinaus an eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung denken.“

Die Arbeitslosen zählen zu den bedauernswertesten Opfern der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften hatten es durch die Arbeitslosenunterstützung erreicht, daß wenigstens die drückendste Not von ihnen ferngehalten wurde. Der fortgesetzte Vorstoß der Unternehmer in Verbindung mit der lange dauernden Krise droht den Grundstein dieses wichtigsten sozialpolitischen Gesetzes zu unterhöhlen. Man kann sich also auf allerhand gefaßt machen. Was mit der Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in obigem Sinne erreicht werden soll, dürfte jedem klar sein. Deshalb muß der Kampf zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit aller Schärfe geführt werden.

Sozialversicherung

Haftung der Krankenkasse für den Irrtum des Vertrauensarztes.

rd. Ein Kassengehöriger war etwa acht Wochen lang wegen eines Lungenleidens von seiner Krankenkasse unterstützt. Dann aber zur Untersuchung an den Vertrauensarzt überwiesen worden, der den Kranken für gesund und arbeitsfähig erklärte und bescheinigte, es sei an dem Kassemitglied kein krankhafter Lungenbefund festzustellen. Die Krankenkasse stellte darauf sofort ihre Leistungen ein. Etwa sechs Wochen später erlitt der Kassengehörige einen Blutsturz, und der nun hinzugezogene Facharzt fand bei dem Kassemitglied eine fortgeschrittene tuberkulöse Lungenerkrankung. Dieses Leiden, so bescheinigte der Facharzt, sei schon längere Zeit in der Entwicklung begriffen; es hätte bei der Untersuchung durch den Vertrauensarzt unbedingt erkannt werden müssen und würde bei rechtzeitiger sachgemäßer Behandlung zweifellos zum Erlösstand gekommen sein.

Der Kassengehörige klagte nun gegen die Krankenkasse auf Schadenersatz. Er habe, so behauptete er, bevor er an den Vertrauensarzt überwiesen wurde, in der Krankenkasse ausdrücklich erklärt, sein Arzt hätte ein Lungenleiden festgestellt und erachte eine Röntgendurchleuchtung für notwendig. Die Kasse habe ihre Fürsorgepflicht verletzt, und der Vertrauensarzt habe fahrlässig gehandelt. Für die Fahrlässigkeit ihres Vertrauensarztes aber habe die Krankenkasse einzustehen.

Während das Oberlandesgericht Düsseldorf die Haftung der Kasse für das pflichtwidrige Verhalten des Vertrauensarztes deshalb verneinte, weil die Kasse ihrer Pflicht genüge, indem sie den Kläger dem Vertrauensarzt zur Untersuchung überwiefe und sich nach deren Ergebnis richtete, hat das Reichsgericht einen dem Kläger weitestgehend günstigeren Standpunkt eingenommen. — Die

Auffassung der Vorinstanz berücksichtigt nicht die besondere Stellung des Vertrauensarztes, so führte der höchste Gerichtshof aus, die Vorinstanz verwechselt offenbar die Stellung des Vertrauensarztes mit der des Kassenzarztes. Der Vertrauensarzt gehört überhaupt nicht zu den Kassenzärzten. Er behandelt nicht die Kassemitglieder, sondern nimmt Nachuntersuchungen im Interesse der Kasse vor, wenn Zweifel an der Notwendigkeit weiterer Behandlung eines Kassemitgliedes bestehen. Seine Entscheidung stellt die Arbeits- oder Nichtarbeitsfähigkeit eines Kassemitgliedes verbindlich fest. Der Vertrauensarzt ist also von der Kasse zu einer Verrichtung bestellt, die ihr selbst im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht obliegt. Die Kasse haftet daher grundsätzlich für den Schaden, den dieser Arzt bei Ausführung der Nachuntersuchung dem Patienten widerrechtlich zufügt, und zwar nicht nur nach § 831, sondern darüber hinaus nach § 278 BGB.

Somit war das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen. (Reichsgericht, 8. November 1930 — IX. 46. 30.)

Unfallentschädigte Berufskrankheiten.

Als Unfall wird eine plötzlich eintretende oder innerhalb einer Arbeitszeit sich auswirkende Körper- oder Gesundheitsschädigung betrachtet. Gesundheitsschädigungen, die sich durch die Berufstätigkeit in einem längeren Zeitraum entwickeln, gelten als Berufskrankheiten und werden nach den Bestimmungen der Unfallversicherung nur dann entschädigt, wenn sie unter die „Berordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten“ vom 11. Februar 1929 fallen. Die Zahl der Berufserkrankungen ist sehr groß, sehr klein dagegen die von der Verordnung ergriffenen Fälle, die leider auch noch dadurch vermindert wird, daß bei der Beweisführung ein besonders strenger Maßstab angelegt wird. Daher kommt es auch, daß von den zur Anmeldung gelangenden Fällen nur ein kleiner Bruchteil anerkannt und entschädigt wird.

Die erste Verordnung über die Berufskrankheiten ist am 12. Mai 1925 erlassen worden. Ihre Wirkung war so flüchtig, daß im ganzen Wirkungsgebiet der deutschen Berufsgenossenschaften im Jahre 1926 nur 268 Fälle erstmalig entschädigt wurden. In den Jahren 1927 und 1928 betrug die Zahl der erstmalig entschädigten Fälle 323 und 417. Bei dem Ergebnis war eine Ausdehnung der Bestimmungen auf andere Berufskrankheiten unerlässlich, wenn man sich nicht dem Fluch der Lächerlichkeit preisgeben wollte. Es kam die heute noch geltende Verordnung vom 11. Februar 1929, in der auch die Bestimmung enthalten war, daß zurückliegende Berufserkrankungen, die sich nach dem 1. Januar 1920 entwickelt haben, angemeldet werden können. Das Reichsversicherungsamt gibt nun in der „Statistik der Sozialversicherung“ für das Jahr 1929 ausführliche Darstellungen über die Auswirkung der Verordnung in ihrer neuen Gestalt. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der Meldungen von Berufskrankheiten 4332, von denen, wie oben bereits erwähnt, 417 Fälle anerkannt wurden. Die Anmeldungen im Jahre 1929, einschließlich der bis 1. Januar 1920 zurückreichenden Erkrankungen, bezifferten sich auf 22 258, aber nur 1969 wurden im Jahre 1929 erstmalig entschädigt. Es wird ein kleiner Posten im Jahre 1930 noch hinzugekommen sein, ein Zahlenbild, das dem Umfang der wirklich bestehenden Berufserkrankungen entspricht, wird sich aber kaum ergeben. Entsprechend diesem Ergebnis sind auch die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für Entschädigungen. Im Jahre 1926 betragen diese 272 800 M., 1927 steigerten sie sich auf 586 600 M., 1928 auf 866 000 M. und im Jahre 1929, also mit den zehn Jahre lang zurückliegenden Nachmeldungen 2 235 000 M. Im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen der Berufsgenossenschaften für Entschädigungen in diesem Jahr nur etwa 0,8 %. Auf den Kopf der unfallversicherten Personen ein Aufwand von 20 S pro Jahr.

Die der Verordnung beigegebene Anlage, in der die entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten wörtlich aufgeführt sind, enthält 22 verschiedene Krankheitsgruppen, von denen aber nur drei in größerem Umfange praktisch zu Entschädigungen führten. Bleierkrankungen wurden 1929 mit 3456 Fällen gemeldet, 421 wurden erstmalig entschädigt. Schwere Staublungenenerkrankungen (Silikose) wurden 14 482 gemeldet und 1929 erstmalig entschädigt. Der Graue Star mit 179 Meldungen und 113 erstmalig entschädigten Fällen. Bei den übrigen Krankheitsgruppen handelt es sich jeweils nur um weniger Fälle. Wenn bei den drei besonders erwähnten Berufserkrankungsgruppen die Entschädigungspflicht in breiterem Umfange anerkannt werden mußte, so deshalb, weil die Merkmale dieser Krankheiten weniger leicht zu bestreiten sind und weil bei der Staublungenkrankheit noch besonders bestimmt ist, daß, wenn sie mit Lungentuberkulose zusammentrifft, letztere als Staublungenkrankheit entschädigt werden muß. Hier verfallen allerdings wieder eine große Anzahl von Krankheitsfällen der Ablehnung, weil die Auffassung, ob es sich um eine „schwere“ Erkrankung handelt, vielfach strittig wird.

Wenn die Verordnung über die Entschädigung der Berufskrankheiten wirksam werden und einem größeren Teil von Berufserkrankten Hilfe bringen soll, ist eine wesentliche Erweiterung der Krankheitsgruppen, eine präzisere Fassung der Bestimmungen und eine Beseitigung der Einschränkungen unerlässlich.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1 165 911. In einzelne Fächer unterteilter Farbstoffen. Karl Jentsch, Braunschweig, Comeniusstraße 9.

Nr. 75 c. 1 166 384. Spritzapparat. Sanitaria AG, Ludwigsburg.

Nr. 75 c. 1 165 719. Einrichtung zur Herstellung dekorativer Malerarbeiten. Hans Bongars, Landwehr 22, und Heinrich Levels, Lindenstraße 120, Mühlentor-Graben.

Nr. 75 c. 1 166 349. Musterwalze für Dekorationszwecke. Johann Hermann Hofman, Selb in Bayern.

Ingenieurpatent.

Nr. 75 a. W. 87. 30. Vorrichtung zum verschleifen farbigen Lackieren oder Mustern der Längsflächen von mehrkantigen oder runden Bleistiften mittels Spritzens. Dipl.-Ing. Fritz Wömpner, Nürnberg, Ansbacher Straße 136.

Bekanntmachungen

Eingeladene Gelder

vom 1. bis mit 11. April 1931 (Quartalsschluss)

Eingeladene haben: Altenburg 220, Berlin 2000, Breslau 1200, Bunzlau 50, Danzig 200, Dresden 12 000, Eisleben 40, Emden 200, Eschwege 2343, Forst 100, Frankfurt a. M. 1000, Frankfurt a. d. O. 250, Fürstentum 107,94, Gera 366,85, Grünberg 80, Hamburg 1500, Heilbronn 100, Hirschberg 100, Hohenstein 18,65, Ingolstadt 70,05, Jüterburg 100, Kiel 357,63, Koblenz 150, Krefeld 290, Lauenburg 57,96, Liegnitz 100, Lübeck 700, Mainz 315,62, Meersburg 213,19, Naumburg 18,12, Osnabrück 80, Plauen 368,24, Reichenbach 98,76, Sagan 20, Schw. Gmünd 9,99, Schweinfurt 96,53, Senftenberg 89,42, Sorau 60, Stolp 140, Stralsund 100, Swinemünde 80, Weimar 100, Wilhelmshaven 1400, Wittenbützel 124,72, Zwickau 390,43 M. L. Ringel, Kasseler.

Literarisches

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleiter: Lothar Erdmann. Heft 3, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M. In dem einleitenden Aufsatz des neuen Heftes der „Arbeit“ unternimmt Prof. Jaitrow den Versuch, die Geschichte der Gewerkschaften in knappen Umrissen aufzuweisen und ihre Eigenart verständlich zu machen. Er geht zu den schärfsten Gegnern der Gewerkschaften. Er beschränkt nicht ihre grundsätzliche Aufhebung; aber er tritt entschieden für eine durchgreifende Herabsetzung ein, sobald die Gelegenheit sich bietet. In dem Aufsatz „Probleme der Tarif- und Lohnpolitik“ legt Vladimir Bobinsky den Aufbau der neuen gewerkschaftlichen Tarifpolitik dar. Als weitere Aufgabe wird die Unterbindung der Mantelbedingungen einschließlich der Arbeitszeit in Angriff genommen werden. Ergänzend soll eine gewerkschaftliche Statistik über die tatsächlichen Arbeitsverdienste hinzutreten. Ein knapper Abriss über die Methoden internationaler Lohnstatistik schließt den Artikel ab. Drei weitere Aufsätze des neuen Heftes bringen eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dr. Adolf Müller stellt in seinem Aufsatz „Wandlungen der Wirtschaftsdeologie des Nationalsozialismus“, fest, daß unter Abkehr von seiner kleinstädtisch antikapitalistischen Grundtendenz der Nationalsozialismus sich immer einseitiger zum Volkstümlicher Imperialismus und Unternehmerrassismus wendet. Dr. Jentzsch befaßt sich in ihrem Aufsatz „Das Offensivrecht im „Reich“ mit den Möglichkeiten im Staatsgedanken des Nationalsozialismus mit seiner Abgrenzung und abstrakter Annütenden Lehre vom Staatsbürger, insbesondere der Stellung der Frau im „Dritten Reich“. Walter Dittz analysiert die Beziehungen zwischen „Nationalismus“ und „Nationalsozialismus“. Im 1. Teil schildert er den schärferen ideologischen Gegensatz, der zwischen beiden besteht; im 2. Teil legt er auseinander, welche Möglichkeiten der Annäherung trotzdem bestehen bleiben. Abschließend legt er dar, was der Sozialismus im Sinne, um diese Annäherung zu verhindern. Dr. H. v. Ungern-Sternberg untersucht den heutigen Stand und die Entwicklungsaussichten von Sowjetrusslands Planwirtschaft. Er betont mit Recht, daß Rußland nicht mit europäischem Maßstab zu messen ist, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Rußlands aus seinen eigenen, anders gelagerten Bedingungen verstanden werden müsse. In der Rundschau der „Arbeit“ bringt die sozialpolitische Chronik von Franz Spieß eine überaus eingehende und sorgfältige Analyse der sozialpolitischen Situation im In- und Ausland, selbstverständlich vor allem in Deutschland. Besonders zu beachten sind die Abschnitte über den Lohnabbau und die Arbeitszeit sowie über die Angriffe auf die Sozialversicherung.

Das „Lustige Buch“ des Bücherkreises, Berlin SW 61, enthält eine reiche Auswahl von Humoresken, Großen und Satiren. Dieses vorzüglich ausgestattete Humorbuch wird nicht nur jedem einzelnen Leser frohe Stunden bereiten. Wir möchten auch noch besonders darauf aufmerksam machen, daß sich eine solche Sammlung von Humoresken sehr gut dafür eignet, bei größeren Veranstaltungen verwendet zu werden. Unsere Kulturorganisationen und Bildungsausstufte werden auf daran tun, bei Festen und Feiern an das „Lustige Buch“ des Bücherkreises zu denken. Das Vorleser der einen oder andern Erzählung wird sicherlich zur Bereicherung und Erheiterung derartiger Veranstaltungen in hohem Maße beitragen. Preis 4,80 M. für Mitglieder Sonder-

Vom 19. April bis 25. April ist die 17. Beitragswoche.

Vom 26. April bis 2. Mai ist die 18. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Berlin. Am 2. April 1931 starb der Kollege Ernst Borghardt, geboren am 22. Dezember, 1859 in Steglitz.

Hamburg. Am 5. April starb nach langer Krankheit unser Mitglied Gustav Berger in Altona im Alter von 70 Jahren. Er ist eine Reihe von Jahren als Funktionär für die Organisation tätig gewesen.

Mannheim. Am 31. März starb unser langjähriges treues Mitglied Adolf Merz im Alter von 53 Jahren.

Mainz. Am 9. April starb nach 25jähriger treuer Mitgliedschaft im Alter von 43 Jahren unser treuer Kollege, der Invalide Johann Schmitt, an Lungentuberkulose.

Leipzig. Am 12. April starb unser Mitglied, der Kollege Heinrich Materne, an Herzschwäche, der Folge eines erlittenen Unfalls, im Alter von 52 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!